

■■■ Wie harmonisch war der europäische Einigungsprozess, wie weit wurde er getragen von den Idealen von Frieden, Völkerverständigung und allgemeinem Wohlstand? Der Artikel vermittelt eine Vorstellung davon, dass es hinter solchen Schlagworten ein zähes Ringen in der europäischen, aber auch nichteuropäischen Staatenwelt gab, das noch in mancher Hinsicht an die Mächtepolitik des 19. Jahrhunderts erinnerte. Zu Beginn der 1960er Jahre stand ein Thema im Zentrum dieser subkutanen Auseinandersetzungen: die Frage, wer künftig das Potential an Nuklearwaffen in Europa kontrollieren würde. ■■■

Matthias Schulz

Integration durch eine europäische Atomstreitmacht?

Nuklearambitionen und die deutsche Europa-Initiative vom Herbst 1964

I. Einleitung

Gravierende europa- und bündnispolitische Spannungen überschatteten die Anfänge der deutsch-französischen Konsultationen, die dann mit dem Elysée-Vertrag vom 22. Januar 1963 institutionalisiert wurden¹. Zunächst versah der Deutsche Bundestag den Freundschaftsvertrag unilateral mit einer so genannten „Präambel“², die ihm die Funktion zuwies, die transatlantische Allianz und die europäische Integration zu stärken. Nach Auffassung des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle änderte das „seinen ganzen Sinn“³. Sodann war der Nachfolger Konrad Adenauers im Amt des Bundeskanzlers, Ludwig Erhard, stärker den Angelsachsen als den Franzosen zugetan und lehnte es ab, in die Rolle des „Juniorpartners“ von de Gaulle zu schlüpfen. Der „Eklat“ beim Besuch des französischen Staatschefs in Bonn im Juli 1964, die Probleme bei der Errichtung des Gemeinsamen Agrarmarktes sowie die Krise des „leeren Stuhls“, in der Frankreich die Ministerratssitzungen der Sechsergemeinschaft ein halbes Jahr lang boykottierte, bildeten die sichtbaren Höhepunkte von Differenzen, welche die deutsch-französischen Beziehungen und die europäische Einigung belasteten

¹ Vgl. Georges-Henri Soutou, *La France et la défense européenne du traité d'Elysée au retrait de l'OTAN*, in: Wilfried Loth (Hrsg.), *Crises and Compromises. The European Project, 1963–1969*, Baden-Baden/Brüssel 2001, S. 21–46; Georges-Henri Soutou, *L'alliance incertaine: les rapports politico-stratégiques franco-allemands 1954–1996*, Paris 1996, insbesondere S. 261–310.

² Vgl. zur Entstehung der Präambel Matthias Schulz, *Die politische Freundschaft Jean Monnet – Kurt Birrenbach, die Einheit des Westens und die „Präambel“ zum Elysée-Vertrag von 1963*, in: Andreas Wilkens (Hrsg.), *Interessen verbinden: Jean Monnet und die europäische Integration der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1999, S. 299–328.

³ Dies erklärte de Gaulle rückblickend in einer Pressekonferenz am 28.10.1966, zit. nach Alfred Grosser, *Das Bündnis: Die westeuropäischen Länder und die USA seit dem Krieg*, München/Wien 1978, S. 292.

■■■ VfZ 2/2005 © Oldenbourg 2005

und deren Ursachen und Intensität in der Forschung kontrovers diskutiert werden.

Wodurch wurden die deutsch-französischen Spannungen ausgelöst? In der zuletzt stark auf die Verantwortlichkeit von Erhard und de Gaulle kaprizierten Kontroverse ist einerseits von der anglophilen und wirtschaftlichen Denkweise Erhards und seiner mangelnden außenpolitischen Erfahrung die Rede⁴. Andererseits heißt es, der Bundeskanzler sei durchaus um gute Beziehungen zum Nachbarn und um Fortschritte in der europäischen Einigung bemüht gewesen⁵. Die Rolle de Gaulles ist bis heute ähnlich umstritten. Wird dem Staatspräsidenten hier eine anachronistische, einzig an der Nation orientierte, integrationsfeindliche Grundhaltung nachgesagt⁶, argumentieren andere Historiker, es sei dessen sehnlichster Wunsch gewesen, eine enge Partnerschaft mit der Bundesrepublik⁷, eine über die Wirtschaftsintegration hinausgehende europäische Staatengemeinschaft und sogar eine europäische Atomstreitmacht zu begründen⁸. Doch jene unilaterale Einfügung der „Präambel“ zum Elysée-Vertrag durch den Deutschen Bundestag zeigt, dass sich bereits Monate vor dem Amtsantritt Erhards ein Graben zwischen der französischen und der westdeutschen Politik auftut, und dass

⁴ Nach Volker Hentschel, *Ludwig Erhard: Ein Politikerleben*, Berlin 1998, S. 850, habe der Bundeskanzler mit de Gaulle nie kooperieren wollen. Erhard hätte die historisch-politische Bedeutung der Freundschaft mit Frankreich ebensowenig erkannt wie die der europäischen Einigung im Rahmen der Sechser, und sie „mehrfach willentlich, mal fahrlässig, aufs Spiel“ gesetzt. Vgl. auch die kritische Rezension von Guido Thieme, „Biographie und wirtschaftliches Zeitbild“, in: *Neue politische Literatur* 42 (1998), S. 338–340.

⁵ Vgl. Ulrich Lappenküper, „Ich bin wirklich ein guter Europäer“. Ludwig Erhards Europapolitik 1949–1966, in: *Francia* 18/3 (1991), S. 85–120; ders., „Ein Europa der Freien und der Gleichen“: La politique européenne de Ludwig Erhard (1963–1966), in: Loth (Hrsg.), *Crisis and Compromises*, S. 65–92; Jeffrey Vanke, *The European Collaborations of France and Germany, 1963–1966*, in: Ebenda, S. 93–108; Matthias Schulz, *Ludwig Erhard, 'l'ordolibéralisme', et l'intégration européenne; du plan Schuman au Kennedy Round*, in: Michel Catala (Hrsg.), *Histoire de la construction européenne: cinquante ans après la déclaration Schuman*, Nantes 2001, S. 397–410.

⁶ Zu den politischen Vorstellungen de Gaulles vgl. die kritische Studie von Pascaline Winand, *Eisenhower, Kennedy and the United States of Europe*, New York 1993, insbesondere S. 245–264; Soutou, *La France et la défense européenne*, in: Loth (Hrsg.), *Crisis and Compromises*, kritische Passagen u.a. S. 28, S. 39 u. S. 46. Vgl. weiterführend Andreas Wilkens, *Das Jahrhundert des Generals. Die historische Forschung zu de Gaulle steht erst am Anfang*, in: *Francia* 20/3 (1993), S. 181–192; Maurice Vaisse, *La grandeur: Politique étrangère du général de Gaulle 1958–1969*, Paris 1998; Knut Linsel, *Charles de Gaulle und Deutschland 1944–1969*, Sigmaringen 1998, S. 227–251.

⁷ Vgl. Hentschel, *Ludwig Erhard*, S. 850.

⁸ Unter Berufung auf Franz Josef Strauß vgl. Wilfried Loth, *Franco-German relations and European security, 1957–1963*, in: Anne Deighton/Alan Milward (Hrsg.), *Widening, Deepening, and Acceleration: The European Economic Community 1957–1963*, Baden-Baden/Brüssel, 1999, S. 41–53, hier S. 52; Wilfried Loth, *De Gaulle und Europa. Eine Revision*, in: *Historische Zeitschrift* 253 (1991), S. 629–660; Frédéric Bozo, *Two Strategies for Europe: De Gaulle, the United States and the Atlantic Alliance*, Lanham 2001, insbesondere S. 1–29, S. 103–186 u. S. 245 ff. Wilfried Loth und Frédéric Bozo sehen in de Gaulle einen Visionär, der Europa auf neue Fundamente stellen wollte.

Erhard jedenfalls nicht die alleinige Verantwortung für die Verschlechterung der deutsch-französischen Beziehungen trug. Vielmehr entwickelten sich auf dem Hintergrund der Berlin- sowie der Kuba-Krise in Bonn und Paris divergierende Vorstellungen über die Nuklearverteidigung des Westens und die Ausgestaltung der europäischen Einigung. Sie bildeten nicht nur den Hintergrund für die 1962/63 einsetzende, tiefgreifende, quer durch alle Parteien gehende Polarisierung westdeutscher politischer Eliten in die mehrheitlichen „Atlantiker“, welche die Sicherheit Europas am besten durch eine engere Anbindung an die USA, und eine Minderheit von „Gaullisten“⁹, die sie durch eine engere deutsch-französische Partnerschaft zu verwirklichen suchten. Ihnen lagen auch die deutsch-französischen Spannungen und die Probleme in der europäischen Integrationspolitik Mitte der sechziger Jahre zugrunde.

Dieser Beitrag untersucht die bisher kaum ergründeten Auswirkungen der nuklearen Frage auf die Bemühungen über eine Europäische Politische Union (EPU), das heißt eine außen- und sicherheitspolitische Kooperation der Sechsergemeinschaft, vom Scheitern der Fouchet-Verhandlungen im April 1962 bis zur Europainitiative von Bundeskanzler Erhard im Herbst 1964. Die Verbindung zwischen der deutschen Nuklearpolitik und den Bemühungen um eine politische Union wurde wohl aufgrund der Sensibilität der Materie, aber auch aufgrund der fachwissenschaftlichen Spezialisierung von der Forschung bisher kaum erkannt¹⁰. Anhand der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“, mit Hilfe des Nachlasses des Vordenkers der nuklearen Mitverantwortung der Bundesrepublik Kurt Birrenbach (CDU)¹¹ und anhand einschlägiger Dokumente

⁹ Vgl. dazu Reiner Marcowitz, *Option für Paris? Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle 1958 bis 1969*, München 1996.

¹⁰ Erste Hinweise bei Beatrice Heuser, *NATO, Britain, France and the FRG: Nuclear Strategies and Forces for Europe, 1949–2000*, Basingstoke/London 1997, S. 151–157. Keine der folgenden Arbeiten zur Nuklearpolitik der Bundesrepublik im westlichen Bündnis untersucht deren Auswirkungen auf die europäische Integration oder die Frage einer europäischen Atomstreitmacht: Dieter Mahncke, *Nukleare Mitwirkung: Die Bundesrepublik Deutschland in der atlantischen Allianz 1954–1970*, Berlin 1972; Hans-Peter Schwarz, *Adenauer und die Kernwaffen*, in: *VfZ* 37 (1989), S. 567–593; Johannes Steinhoff/Reiner Pommerin, *Strategiewechsel: Bundesrepublik und Nuklearstrategie in der Ära Adenauer–Kennedy*, Baden-Baden 1992; Matthias Küntzel, *Bonn und die Bombe: Deutsche Atomwaffenpolitik von Adenauer bis Brandt*, Frankfurt a. M. 1992; Christoph Hoppe, *Zwischen Teilhabe und Mitsprache: Die Nuklearfrage in der Allianzpolitik, 1959–1966*, Baden-Baden 1993; Helga Haftendorn, *NATO and the Nuclear Revolution. A Crisis of Credibility*, Oxford 1996; Axel F. Gablik, *Strategische Planungen in der Bundesrepublik Deutschland 1955–1967: Politische Kontrolle oder militärische Notwendigkeit?* Baden-Baden 1996; Martin Koopmann, *Das schwierige Bündnis. Die deutsch-französischen Beziehungen und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1958–1965*, Baden-Baden 2000, dort zur MLF S. 185–264.

¹¹ Grundlegend dazu der Nachlass von Kurt Birrenbach im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (künftig: ACDP) und Kurt Birrenbach, *Meine Sondermissionen. Rückblick auf zwei Jahrzehnte westdeutscher Außenpolitik*, Düsseldorf/Wien 1984. Birrenbach (MdB und MdEP seit 1957 bzw. 1958) stammte aus dem Milieu der rheinisch-westfälischen Stahlindustrie. Vgl. auch Hans-Peter E. Hinrichsen, *Der Ratgeber. Kurt Birrenbach und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 2002.

des von Jean Monnet begründeten „Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa“ (Monnet-Komitee) wird im folgenden der Zusammenhang zwischen westdeutscher Nuklear- und Europapolitik rekonstruiert¹². Birrenbach übte nicht nur als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, sondern seit 1961 auch im Monnet-Komitee, einem Netzwerk führender christlicher, sozialdemokratischer und liberaler Politiker sowie Gewerkschafter Westeuropas, Einfluss aus. Er zählte zu den regelmäßigen Gesprächspartnern und politischen Freunden Monnets in Bonn. Er genoss das Vertrauen der Bundeskanzler Adenauer, Erhard, Kiesinger und Brandt und reiste wiederholt im Auftrag Adenauers sowie 1964 und 1965 im Auftrag Erhards zu Gesprächen über die nukleare Mitbestimmung der Bundesrepublik in die USA¹³. Mit Aktivitäten in der europäischen und der atlantischen Bewegung¹⁴, „Geheimmissionen“ sowie seiner Einwirkung auf die westdeutsche Europainitiative vom Herbst 1964 steht er im Zentrum der Nuklear- und Europapolitik¹⁵, was ihn wiederum für die Forschung interessant macht. Durch Birrenbach war auch Monnet in Gespräche über die nukleare Frage stärker involviert als bisher bekannt.

Beginnend mit einer Skizze der nuklearpolitischen Vorstellungen im Umkreis der Bundesregierung anfang der sechziger Jahre, wird im folgenden untersucht, wie sich diese auf die westdeutsche Europapolitik und die deutsch-französischen Beziehungen auswirkten und welche Position europäische Eliten zur Frage der Nuklearverteidigung einnahmen. Dabei treten Zusammenhänge zutage, die den Mythos vom Europaidealismus als Triebkraft der Integration in Frage stellen. Wesentlicher erscheinen hingegen realpolitische Notwendigkeiten im Zeitalter des Kalten Krieges. Von besonderem Interesse ist ein Plan für eine europäisch-atlantische Atomstreitmacht im Birrenbach-Nachlass, der Jean Monnet zugeschrieben werden kann, und auf den sich die deutsche Außenpolitik später bezog¹⁶. Er ist ein Schlüsselstück im Puzzle um die Ursachen des Scheiterns der

¹² Vgl. Schulz, Monnet-Birrenbach, in: Wilkens (Hrsg.), *Interessen verbinden*. Zu Jean Monnet, dessen politischem Einfluss und dem Aktionskomitee vgl. Jean Monnet, *Erinnerungen eines Europäers*, (Neuausgabe) Baden-Baden 1997; Francois Duchêne, *Jean Monnet: The First Statesman of Interdependence*, New York 1994; Eric Roussel, *Jean Monnet 1888–1979*, Paris 1996; Gérard Bossuat/Andreas Wilkens (Hrsg.), *Jean Monnet, L'Europe et les chemins de la paix: actes du colloque de Paris du 29 au 31 mai 1997*, Paris 1999; Wilkens (Hrsg.), *Interessen verbinden*. Bestände dazu finden sich auch in: ACDP, *Nachlass Birrenbach*.

¹³ Vgl. Birrenbach, *Meine Sondermissionen*, S. 15–82 (zur Berlin-Krise) u. S. 152–256 (zur MLF); zur Kontroverse über Birrenbachs politischen Einfluss vgl. Hinrichsen, *Der Ratgeber*, S. 1–4 u. S. 576–578.

¹⁴ Birrenbach war seit 1957 einer der Vizepräsidenten der Europa-Union e.V., seit 1962 Präsidiumsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, von 1960 bis 1987 Vizepräsident des Board of International Movement for Atlantic Union und saß 1964 bis 1987 im Vorstand der Atlantik-Brücke.

¹⁵ In der insgesamt ausgezeichneten Birrenbach-Biographie wird der Gedankenaustausch zwischen Monnet und Birrenbach nur am Rande erwähnt. Die Motive für Erhards Europainitiative bleiben schemenhaft und werden nicht systematisch analysiert. Vgl. Hinrichsen, *Der Ratgeber*, S. 205–207 u. S. 214–219.

¹⁶ Außenminister Schröder bezog sich ausdrücklich auf den „Monnet-Plan“ in einem Gespräch mit dem US-Botschafter McGhee am 14. 7. 1964, in: *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundes-*

deutschen Initiative für eine Europäische Politische Union (EPU) vom Herbst 1964, über deren Beweggründe und Ziele Bundeskanzler Erhard und sein Außenminister Gerhard Schröder sich stets bedeckt hielten¹⁷. Die westdeutschen Bemühungen um eine Europäische Politische Union dienten ganz wesentlich dem Ziel der nuklearen Mitbestimmung. Aufgrund der vor allem in Paris wachsenden Skepsis gegenüber westdeutschen Nuklearambitionen scheiterte die Europa-Initiative der Regierung Erhard, und der europäische Integrationsprozess geriet in seine bisher schwerste Krise.

II. Westdeutsche Vorstellungen für eine multilaterale Atomstreitmacht

Da die Bundesrepublik im Kalten Krieg als Frontstaat des Westens den höchsten Risiken – der unmittelbaren Aggression sowie der totalen Zerstörung – ausgesetzt war, drängte die Bundesregierung seit dem Beitritt zur NATO auf eine glaubwürdige Drohung vonseiten des NATO-Bündnisses. Das hieß, dass im Verteidigungsfall schnell Nuklearwaffen eingesetzt werden sollten – darauf jedenfalls beruhte angesichts der konventionellen Überlegenheit der Sowjets die Abschreckungsdoktrin¹⁸. Die allmähliche Abkehr der US-Regierung von der Strategie „massiver Vergeltung“ und die Hinwendung zur „flexiblen Antwort“ seit dem Sputnik-Schock, Berlin- und Kuba-Krise verstärkte in Bonn den Wunsch nach Einwirkungsmöglichkeiten auf die Strategieplanung der NATO und auf die verteidigungspolitische Kooperation unter den Europäern¹⁹. Auch die französische

republik Deutschland (künftig: AAPD), 1964, Band II, bearb. von Wolfgang Hölscher und Daniel Kosthorst, München 1995, Dok. 196, S. 819. Bisher war nicht bekannt, worauf sich dieser Hinweis bezog.

¹⁷ Vgl. Vanke, *European Collaborations*, S. 96. Erste Interpretationsansätze bei Gabriele Clemens, „Zwischen allen Stühlen“. Ludwig Erhards Europa-Initiative vom November 1964, in: Dies. (Hrsg.), *Nation und Europa. Studien zum internationalen Staatensystem im 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2001, S. 171–192; zum europäischen Kontext vgl. Carine Germond, *Les projets d'Union politique de l'année 1964*, in: Loth (Hrsg.), *Crises and Compromises*, S. 109–130. Die von Clemens diskutierten Motive für die deutsche Europainitiative – Europaidealismus und innenpolitischer Druck – erklären nicht hinreichend, warum der Kanzler angesichts eines gespannten Verhältnisses zum französischen Staatspräsidenten und trotz dessen bremsender Signale das Risiko einging, durch eine unzeitgemäße Initiative im Wahljahr (1965) eine bedeutende diplomatische Niederlage zu erleiden. Auch die von Germond als Grund für das Scheitern der Europainitiative angegebene Geisteshaltung de Gaulles ist nicht befriedigend; vgl. ebenda, S. 129. Zu Schröder vgl. Torsten Oppelland, *Gerhard Schröder (1910–1989). Politik zwischen Staat, Partei und Konfession*, Düsseldorf 2002, hier S. 629 f.

¹⁸ Zur Nuklearpolitik des Westens im Kalten Krieg vgl. u. a. Heuser, *NATO*; Beatrice Heuser, *Nuclear Mentalities? Strategies and Beliefs in Britain, France and the FRG*, Basingstoke/London 1998; Susanna Schrafstetter, *Die dritte Atommacht. Britische Nichtverbreitungspolitik im Dienst von Statussicherung und Deutschlandpolitik 1952–1968*, München 1999; Christoph Bluth, *Britain, Germany and Western Nuclear Strategy*, Oxford 1995; Maurice Vaisse/Pierre Mélandri/Frédéric Bozo (Hrsg.), *La France et l'OTAN 1949–1996*, Bruxelles 1996; Zur Geschichte der NATO vgl. Gustav Schmidt (Hrsg.), *A History of NATO – The First Fifty Years*, 3 Bde., Basingstoke/London 2001. Zur Nuklearpolitik der Bundesrepublik vgl. Anm. 10.

¹⁹ Zum Einfluss der Berlin-Krise auf den Wandel der US-Nuklearstrategie vgl. zuletzt Sean M. Maloney, *Berlin Contingency Planning: Prelude to Flexible Response, 1958–1963*, in: *Journal*

Regierung war mit der Struktur der NATO unzufrieden. Da die USA die Errichtung eines Dreier-Direktoriums mit Großbritannien und Frankreich ablehnten, ergriff Paris 1961 die Initiative für eine Europäische Politische Union²⁰. Darin spiegeln sich zwei Intentionen: einerseits die Befürchtung, dass die Vereinigten Staaten im Ernstfall Atomwaffen nicht zum Schutz Europas, sondern nur zur eigenen Verteidigung einsetzen würden; und andererseits der Wunsch Frankreichs, nach dem Verlust seines Kolonialreiches mit Hilfe einer nationalen Atomkraft seinen Großmachtstatus wieder zu erlangen, um so die Sechsergemeinschaft führen und eine unabhängigere, moderierende Rolle im Ost-West-Konflikt spielen zu können. Die seit 1960 entstehende *Force de frappe* nahm dabei im Denken des französischen Staatspräsidenten eine Schlüsselstellung ein²¹: Nur sie schien eine Unabhängigkeit gegenüber den Supermächten gewährleisten zu können²². Obgleich die fünf EWG-Partner Frankreichs an einer stärkeren außen- und sicherheitspolitischen Koordination in Westeuropa interessiert waren, scheiterten die Fouchet-Verhandlungen im April 1962 an Differenzen zwischen Frankreich und den übrigen Fünf. De Gaulle lehnte die insbesondere von den Niederlanden und Italien geforderte supranationale Gestalt der politischen Union ab und zielte auf eine Distanzierung der Sechsergemeinschaft von den USA und Großbritannien. Die Fünf, darunter die Bundesrepublik, forderten jedoch die Einbeziehung Großbritanniens und die Beibehaltung der transatlantischen Sicherheitsgemeinschaft mit den USA und lehnten es ab, sich einer französischen Nuklearmacht unterzuordnen²³.

of Strategic Studies 25 (2002), Heft 1, S. 99–134; zur Kuba-Krise Harald Biermann, Die Kuba-Krise: Höhepunkt oder Pause im Kalten Krieg?, in: Historische Zeitschrift 273 (2001), S. 637–673.

²⁰ Vgl. die Fouchet-Pläne (nach dem französischen Außenminister Christian Fouchet) vom 2. 11. 1961 und 18. 1. 1962 sowie eine Gegenüberstellung der Artikelentwürfe der übrigen Staaten in: Europa-Archiv 1964, „Vertragsentwürfe für eine Union der Europäischen Völker (1961/1962)“, D 467–485; zu den Verhandlungen vgl. Jacques Bariéty (Hrsg.), Du plan Fouchet au traité Franco-allemand de janvier 1963, Paris 1997; Daniele Caviglia, De Gaulle e il tentativo di spostare l'asse politico europeo: il piano Fouchet, Padua 2000; Ulrich Lappenküper, Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1964. Von der „Erbfeindschaft“ zur „Entente élémentaire“. 2 Bde., München 2001, S. 1480–1602, hier S. 1543 ff.; Koopmann, Das schwierige Bündnis, S. 125–184; Jeffrey Glen Giauque, Grand Designs and Visions of Unity: The Atlantic Powers and the Reorganization of Western Europe, 1955–1963, Chapel Hill/London 2002, S. 126–157.

²¹ „[J]ede Außenpolitik wird durch Notwendigkeiten der Sicherheit und der Verteidigung bestimmt“, de Gaulle zu Staatssekretär Karl Carstens, Geheimprotokoll, 4. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 186, S. 767. Vgl. Georges-Henri Soutou, „Le general de Gaulle et le Plan Fouchet d'Union politique européenne: un projet stratégique“, in: Deighton/Milward (Hrsg.), Widening, Deepening and Acceleration, S. 55–71, hier S. 70.

²² Der Aufbau einer nationalen Atomstreitmacht erfolgte unter de Gaulle in einem atemberaubenden Tempo. 1960 fand der erste erfolgreiche französische Atombombentest statt. Fünf Jahre später besaß die *Force de frappe* bereits eine kumulierte Sprengkraft von 2200 Hiroshimabomben. Vgl. André Eshet, Aspects stratégiques de la politique étrangère gaullienne, in: Élie Barnavi/Saul Friedländer (Hrsg.), La politique étrangère du Général de Gaulle, Paris 1985, S. 83.

²³ Vgl. Soutou, „Le général de Gaulle et le Plan Fouchet“, in: Deighton/Milward (Hrsg.), Widening, Deepening and Acceleration, S. 70. Vgl. auch die Aufzeichnung von Staatssekretär Carstens vom 10. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 193, S. 807.

Vor dem Hintergrund des Scheiterns der Fouchet-Verhandlungen forderten Experten der Bundesregierung und des Bundestags stattdessen eine Mitverfügungsgewalt über Nuklearwaffen im Rahmen des atlantischen Bündnisses. Die Nuklearverteidigung sollte nicht mehr der alleinigen Entscheidungsgewalt des US-Präsidenten unterliegen. Vielmehr sollte die einseitige Abhängigkeit Westeuropas von den USA durch eine Partnerschaft unter Gleichen ersetzt und die Glaubwürdigkeit der Abschreckung wiederhergestellt werden²⁴. Doch in welchem Rahmen und in welcher Form konnte die Bundesregierung weniger als zwanzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs den Partnern im atlantischen Bündnis eine nukleare Mitbestimmung überhaupt zumuten? Bundeskanzler Adenauer hatte die Bundesrepublik im Rahmen der Pariser Verträge 1954 darauf verpflichtet, keine ABC-Waffen auf deutschem Territorium herzustellen. Dies schloss freilich nicht aus, dass sie solche Waffen hätte kaufen können. Aber eine unter nationaler Verfügungsgewalt stehende Atomstreitmacht wurde aufgrund des gegebenenfalls zu erwartenden Widerstands der Sowjetunion ebenso wie der westlichen Verbündeten ausgeschlossen. Für Bonn war lediglich eine Verbesserung der Einflussnahme auf die Nuklearstrategie der NATO und eventuell die Erlangung der Mitverfügungsgewalt über Nuklearwaffen im bi- oder multilateralen Rahmen denkbar. Für eine multilaterale Lösung sprachen mehrere Gesichtspunkte: Erstens schienen die an nationalen Abschreckungskapazitäten arbeitenden Länder Großbritannien und Frankreich wirtschaftlich zu schwach und technologisch zu weit zurück, um der Sowjetunion eine wirklich substantielle Atomstreitmacht entgegenzusetzen²⁵. Zweitens drohte der NATO angesichts der Entwicklung unabhängiger französischer und britischer Atomstreitkräfte mit unterschiedlichen nationalen Strategien die Desintegration²⁶. Dies hätte die Sicherheit der Bundesrepublik und anderer nichtnuklearer NATO-Mitglieder unterminiert. Aus diesen Gründen bevorzugte Bonn eine Gesamtstrategie des Westens, die modernste Träger und Sprengköpfe sowie die Mitbestimmung der Westeuropäer im Rahmen einer transatlantischen Atomstreitmacht umfassen sollte.

Als institutionelles Rückgrat einer solchen Atomstreitmacht waren zwei Organisationen im Gespräch: die NATO als transatlantisches Dach und im europäischen Rahmen entweder die seit ihrer Gründung 1955 „schlafende“ Westeuropäische Union (WEU), eine Vereinbarung im Rahmen der Sechsergemeinschaft oder eine rein bilaterale deutsch-französische Nukleart Partnerschaft. De Gaulle hatte jedoch 1958 eine von der vorangegangenen französischen Regierung vereinbarte deutsch-französisch-italienische Nuklearkooperation desavouiert, und im Oktober

²⁴ Vgl. Birrenbach, *Meine Sondermissionen*, passim; Kurt Birrenbach, *The Future of the Atlantic Community: Toward European-American Partnership*, New York 1963, S. 14 f. u. S. 22 f. [Dt. Ausgabe: „Die Zukunft der Atlantischen Gemeinschaft“, Freiburg 1962].

²⁵ Exorbitante Kosten verursachte nicht nur die Entwicklung von Atom Sprengköpfen, sondern auch die von modernen Trägersystemen. Es wurde befürchtet, dass schnell veraltende britische und französische Bomber durch eine moderne Raketenabwehr der Sowjets ausgeschaltet werden könnten. Vgl. Birrenbach, *Future*, S. 8 f. u. S. 13.

²⁶ Vgl. ebenda, S. 22 f.

1962 lehnte sein Verteidigungsminister Pierre Messmer eine Anfrage seines Amtskollegen Franz Josef Strauß erneut ab²⁷. Die technologische und politische Führungsrolle der USA ließ der Bonner Regierung im Grunde keine andere Wahl als die Unterstützung Washingtons zu gewinnen.

Bei Sondierungsgesprächen im Auftrag Adenauers vertrat Birrenbach gegenüber der US-Regierung im Juli 1962 den Standpunkt, dass eine im Rahmen der NATO seit 1958 gelegentlich diskutierte multilaterale Atomstreitmacht an die Stelle der französischen und britischen nationalen Atomstreitkräfte treten, bzw. diese integrieren solle²⁸. Anhand der Argumentation Birrenbachs lassen sich einige Ziele der Bundesregierung deutlich ablesen. Erstens sollte die Mitsprache der interessierten nichtnuklearen NATO-Staaten – der Bundesrepublik, Italiens, Belgiens, der Niederlande, möglicherweise auch Griechenlands und der Türkei – in Fragen der Nuklearstrategie und des Einsatzes von Atomwaffen im Verteidigungsfall verbessert werden. Zweitens sollten insbesondere die Bundesrepublik und Italien den Status der Gleichrangigkeit gegenüber Frankreich und Großbritannien wahren können, den sie angesichts der Entwicklung nationaler Atomstreitkräfte in beiden Ländern zu verlieren drohten. Als Anreiz für die Amerikaner, Briten und Franzosen führte Birrenbach an, dass eine europäisch-atlantische, modern ausgestattete Atomstreitmacht im Rahmen der NATO wirkungsvoller und kostengünstiger sei als eine Reihe schwacher nationaler Atomstreitkräfte in Europa. Birrenbach schlug vor, die Atomstreitmacht politisch einem „Zwei-Schlüssel-Kontrollsystem“ innerhalb der NATO zu unterwerfen²⁹. Ein Schlüssel sollte in den Händen der Amerikaner, der zweite in den Händen derjenigen Europäer liegen, die sich in einer „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ zusammenschließen würden. Ein Einsatz von Nuklearwaffen könnte im Verteidigungsfall nur bei Zustimmung von Washington einerseits und der Mehrheit der europäischen Partner andererseits erfolgen. Somit hätte nur Washington ein Vetorecht, während die Europäer mit Mehrheit entscheiden sollten, was die Entscheidung für einen Einsatz im Ernstfall leichter und damit die Abschreckung realer machen würde, als wenn alle Regierungen ein Vetorecht hätten³⁰. Birrenbachs Konzept lief also darauf hinaus, die politische und sicherheitspolitische Integra-

²⁷ Vgl. Alain Peyrefitte, *C'était de Gaulle*, Vol. I: *La France redevient la France*, Paris 1994, S. 461; Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 55–139, insbesondere S. 78 ff., S. 136 ff. u. S. 205 ff. „Revoyant (Pierre) Messmer le 3 octobre 1962, Strauss, visiblement déçu, déclara que la RFA avait désormais compris que la France lui refuserait toute coopération nucléaire“. Strauß folgte, dass sich Bonn den USA zuwenden müsse, um eine nukleare Mitbestimmung zu erreichen. Zitat vgl. Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 205 ff.

²⁸ Memorandum Birrenbachs vom 19. 7. 1962, in: ACDP, I-433-51/I, NL Birrenbach.

²⁹ Ebenda. Birrenbach spielte mit unterschiedlichen Konzepten für die Realisierung einer multilateralen Atomstreitmacht. Demnach sollte über den Einsatz von Atomwaffen weder von allen NATO-Mitgliedern noch allein vom Supreme Allied Commander Europe (SACEUR) entschieden werden, sondern von den USA, dem angegriffenen oder bedrohten Staat, dem Staat, von dem die Atomwaffen lanciert werden sollen, und von der stärksten konventionellen Verteidigungsmacht in Westeuropa – der Bundesrepublik. Vgl. Birrenbach, *Future*, S. 16 f.

³⁰ Vgl. Memorandum Birrenbachs vom 19. 7. 1962, in: ACDP, I-433-51/I, NL Birrenbach; vgl. auch Birrenbach, *Future*, S. 14 ff.

tion Westeuropas voranzubringen und gleichzeitig das transatlantische Bündnis zu stärken.

Amerikanische Befürworter der Multilateral Force (MLF), die vor allem im State Department angesiedelt waren, betonten gegenüber Birrenbach, dass eine integrierte, europäische Atomstreitmacht im Rahmen der NATO für Washington eine Alternative zu den nationalen Alleingängen der Briten und der Franzosen darstelle³¹. US-Präsident John F. Kennedy registrierte, dass die *Force de frappe* ein Gefühl der Ungleichheit bei den Westdeutschen weckte und eine Einladung an Bonn sei, ebenfalls eine eigene Atomstreitmacht zu entwickeln. Eine multilaterale Atomstreitmacht mit europäischer Komponente würde westdeutsche Nuklearambitionen eindämmen, den europäischen Zusammenschluss vertiefen und die Deutschen fest einbinden. Das US-Vetorecht über den Einsatz der Atomstreitmacht würde eine andauernde Kontrolle über die Europäer ermöglichen und eine Proliferation nationaler Nuklearkapazitäten verhindern. Die amerikanischen Befürworter einer solchen Lösung verlangten jedoch, dass Vorschläge zur politischen Kontrolle und zum Entscheidungsmechanismus für eine solche Atomstreitmacht von den Europäern kommen müssten³². Sie erwarteten, dass die Europäer sich zunächst über die Schaffung einer europäischen Verteidigungsidentität für die MLF einigten, die von der unabhängigen, nationalen Atomstreitmacht der USA strikt zu trennen sei. Die MLF war somit an Fortschritte im europäischen Integrationsprozess gebunden.

Die französische Regierung reagierte auf die amerikanisch-deutschen Erörterungen zunächst nicht völlig ablehnend. Die halbe französische Regierungsmannschaft verkündete am 17. Juli 1962 vor der Nationalversammlung, dass eine *europäische* Atomstreitmacht denkbar sei, sofern eine europäische politische Autorität errichtet werde³³. Damit wurde einer nuklearen Mitbestimmung mittlerer Mächte in Europa zwar nicht grundsätzlich widersprochen, aber der MLF eine stärker auf europäische Unabhängigkeit zielende Alternative gegenübergestellt. Ob die französische Regierung diese Idee lancierte, um das amerikanische MLF-Konzept zu torpedieren, ihren eigenen Führungsanspruch in Europa zu bekräftigen oder ob sie – im Vertrauen darauf, dass die MLF keine Realisierungschance besaß – lediglich versuchte, ihre grundsätzliche Ablehnung einer westdeutschen atomaren Mitbestimmung zu kaschieren, ist angesichts der weiteren Entwicklungen irrelevant. Jedenfalls schienen sich für Bonn zwei politische Optionen anzubieten, entweder eine nukleare Mitverantwortung im Rahmen einer atlantischen Atomstreit-

³¹ In der US-Regierung hielten sich Befürworter einer multilateralen Atomstreitmacht und solche einer Nichtproliferationspolitik mit Sonderbehandlung Großbritanniens die Waage. Vgl. Memorandum Birrenbachs vom 19. 7. 1962, in: ACDP, I-433-51/1, NL Birrenbach; ferner Henry A. Kissinger, Was wird aus der westlichen Allianz?, Wien 1965, insbesondere S. 189 f.; Bozo, *Two Strategies*, S. 110–113. Zum Teststopp-Abkommen vgl. Schrafstetter, *Die dritte Atommacht*, S. 47–78; zur amerikanischen und britischen Nichtverbreitungspolitik vgl. ebenda S. 79–87.

³² Vgl. ebenda und Birrenbach, *Meine Sondermissionen*, S. 165.

³³ Premier Georges Pompidou, Außenminister Couve de Murville, Verteidigungsminister Pierre Messmer und der Minister für Atomenergie Gaston Palewsky. Vgl. „Vers la force européenne?“, in: *Le Monde* vom 18. 7. 1962; vgl. Heuser, *NATO*, S. 152.

macht mit einem europäischen Pfeiler oder im Rahmen einer von den USA womöglich unabhängigen Europäischen Politischen Union.

Vor diesem Hintergrund versuchte Birrenbach, der für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dem von Jean Monnet begründeten „Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa“ angehörte³⁴, also einer Runde führender christlicher, sozialdemokratischer und liberaler Politiker sowie Gewerkschafter Westeuropas, seine Vorschläge stärker auf die französischen Äußerungen abzustimmen und trug Monnet Vorstellungen für eine europäische Atomstreitmacht vor. Dabei stellte Birrenbach eine europäische Atomstreitmacht als Katalysator für eine zukünftige, supranationale Europäische Politische Union dar und nahm geschickt bezug auf die 1950 von dem geistigen Miturheber des europäischen Integrationsprozesses vorgeschlagene, dann jedoch 1954 gescheiterte Europäische Verteidigungsgemeinschaft: „Such EDC [European Defense Community, MS] could be the first important political field within a European Political Union of tomorrow, to which the majority rule could be applied. In this sense your idea of the inevitability of the trend towards political integration in Europe would receive a new confirmation.“³⁵ Auch bei Max Kohnstamm, dem Vize-Präsidenten des Monnet-Komitees, warb er für den „Gedanken einer europäischen kollektiven Atommacht unter dem Dache der NATO“³⁶. Durch eine Europäische Politische Union könnten die Europäer mit den USA eine vollwertige Partnerschaft unter Gleichen eingehen³⁷. Im Grunde versuchte Birrenbach, einen Konsens unter europäischen Eliten herbeizuführen; also diejenigen, die eine MLF mit den Amerikanern befürworteten und diejenigen, die eine unabhängige europäische Lösung bevorzugten, zusammenzubringen. Ehe das Monnet-Komitee sich in die Diskussion einmischte, ergriff die amerikanische Regierung die Initiative.

III. Die heraufziehende Krise im Bündnis

Da Großbritannien seine Atomrüstung und Trägerentwicklung nicht mehr finanzieren konnte, sagten die USA im Nassauer Abkommen Anfang Dezember 1962 die Lieferung von Polaris-Raketen mit Atomsprengköpfen zu³⁸. Dadurch wurde einerseits die nationale Atomstreitmacht Großbritanniens gestärkt, andererseits wurde aber die spätere Überführung der Polaris-Raketen in eine multilaterale Atomstreitmacht als Option vereinbart. Am 21. Dezember lud die US-Regierung Paris zur Teilnahme an dem Abkommen ein mit dem Ziel, Frankreich stärker im atlantischen Bündnis zu binden und von amerikanischen Atomwaffen und Trägersystemen abhängig zu machen³⁹. Kurz darauf legte der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium George Ball Konrad Adenauer am 14. Januar

³⁴ Zu Jean Monnet und dessen Aktionskomitee vgl. Anm. 12.

³⁵ Birrenbach an Monnet, 20. 7. 1962, in: ACDP, I-433-51/1, NL Birrenbach.

³⁶ Birrenbach an Kohnstamm, 28. 12. 1962, in: Ebenda.

³⁷ Vgl. Birrenbach, Future, S. 17.

³⁸ Vgl. Giauque, Grand Designs, S. 115–119 u. S. 121 f.; Schrafstetter, Die dritte Atomkraft, S. 100–106.

³⁹ Zum US-Angebot und zur französischen Reaktion darauf vgl. Bozo, Two Strategies, S. 91–94.

1963 ein ernst zu nehmendes Angebot für eine westdeutsche Teilnahme an der zu schaffenden MLF vor, auf das der Kanzler positiv reagierte⁴⁰. Die amerikanische diplomatische Offensive wurde offenbar ausgelöst durch die Befürchtung, dass die im Herbst 1962 stattfindenden Verhandlungen zum deutsch-französischen Vertrag auch zu einer französisch-deutschen Allianz im Bereich der Nuklearverteidigung führen könnten – eine solche war aber nicht vorgesehen⁴¹. Durch die MLF sollten westdeutsche Nuklearambitionen eingehegt und die französische Nuklearpolitik kontrolliert werden. Garniert wurde diese Politik von Präsident Kennedy mit der Formel einer transatlantischen Wirtschafts- und Sicherheitsgemeinschaft unter Gleichen⁴². Diese Idee kam bei den europäischen Atlantikern gut an. Birrenbach beurteilte das Nassauer Abkommen als „Weg für eine europäische Lösung des atomaren Problems und damit zu einer echten militärischen Partnerschaft zwischen einem vereinigten Europa von morgen und den Vereinigten Staaten unter der Voraussetzung, dass Großbritannien und Frankreich der Überführung ihrer atomaren Waffen auf eine neu zu gründende europäische Verteidigungsgemeinschaft zustimmen“ würden⁴³. Während er den Briten in zu optimistischer Einschätzung eine solche Bereitschaft unterstellte, zweifelte er zu Recht an der de Gaulles und befürchtete, dass dieser weiterhin ein Dreier-Direktorium der Nuklearmächte in der NATO anstrebe, bei dem die Bundesrepublik als Frontstaat ausgeschlossen wäre – ein Szenario, „das wir ablehnen müssen“⁴⁴.

Für de Gaulle war der amerikanische Vorschlag einer transatlantischen Atomstreitmacht ein Ärgernis. Die MLF zielte offensichtlich auf eine Unterordnung der französischen *Force de frappe*⁴⁵, sollte eine nukleare Mitbestimmung der Bundesrepublik ermöglichen und unterminierte die von de Gaulle angestrebten Ziele einer Führungsrolle Frankreichs in Westeuropa, der Schwächung der amerikanischen Hegemonie und eine Entspannung zwischen den Blöcken durch französische Vermittlung⁴⁶. De Gaulle wollte die unabhängige nationale Atomstreitmacht für Frankreich unter keinen Umständen aufgeben⁴⁷. Mit seinem überraschenden unilateralen Veto gegen den britischen EWG-Beitritt vom 14. Januar verurteilte de Gaulle implizit die britisch-amerikanische *Special Relationship* in

⁴⁰ Vgl. Telegram from the Embassy in Germany to the Department of State, 14.01.1963, in: Foreign Relations of the United States 1961–1963, Vol. XIII, Washington 1994, Dok. 166, S. 478–482.

⁴¹ Vgl. Glauque, *Grand Designs*, S. 115.

⁴² Vgl. Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 206 ff.

⁴³ Birrenbach an Max Kohnstamm, 28.12.1962, und mit fast gleichlautenden Formulierungen Birrenbach an Monnet, 16.3.1963, in: ACDP, I-433-51/1, NL Birrenbach.

⁴⁴ Birrenbach an Kohnstamm, 28.12.1962, in: Ebenda.

⁴⁵ Vgl. Birrenbachs Memorandum vom 19. Juli 1962 über Gespräche in den USA „about the problem of replacing the presently existing independent national nuclear deterrents by a new European Defense Community in the field of nuclear weapons“, in: ACDP, I-433-51/1, NL Birrenbach, und Birrenbach, *Future*, S. 18.

⁴⁶ Vgl. Eckart Conze, *Hegemonie durch Integration? Die amerikanische Europapolitik und ihre Herausforderung durch de Gaulle*, in: VfZ 43 (1995), S. 297–340.

⁴⁷ Vgl. Bozo, *Two Strategies*, S. 91–94.

der Nuklearverteidigung und erteilte Kennedys „Design“ einer transatlantischen Gemeinschaft, in der die Europäer von den USA sicherheitspolitisch abhängig sein würden, eine Absage⁴⁸.

Birrenbach vermutete richtig, dass die nukleare Frage der eigentliche Schlüssel zu der europapolitischen und transatlantischen Krise war⁴⁹. Was er noch nicht wusste, war, dass de Gaulle nicht nur die englische Nuklearpolitik als falsch ansah, sondern darüber hinaus eine deutsche Verantwortung über Atomwaffen – gleich in welcher Form – unter allen Umständen ablehnte: „Das ist der letzte casus belli, den es in der Welt gibt, oder einer der letzten. Ein Krieg würde ausschließlich deshalb ausbrechen.“⁵⁰

Monnets Position zur nuklearen Frage, die insofern von Bedeutung ist, als das Aktionskomitee unter seiner Führung immer wieder den europäischen Integrationsprozess mit Ideen befruchtet hatte, war von seinen engen Beziehungen zur US-Regierung und von dem Wunsch geleitet, einerseits die Sechsergemeinschaft zu schützen, andererseits die Einheit des Westens als Grundlage der Abschreckung zu bewahren. Monnet sah das innere Gleichgewicht der Sechsergemeinschaft durch die Politik des Generals gefährdet. Er befürchtete, dass das Streben de Gaulles nach einer nationalen Atomstreitmacht gegen die NATO gerichtet war und insbesondere einen Keil zwischen Deutschland und Frankreich treiben würde, der das europäische Aufbauwerk unterminiere⁵¹. Monnet stand permanent im Dialog mit den Mitgliedern des Aktionskomitees und reagierte sehr sensibel auf die Stimmungen der europapolitischen Eliten. Wie diese über das Veto de Gaulles erschüttert, forderte Monnet eine „starke Partnerschaft von Gleichberechtigten“⁵² zwischen den USA und Westeuropa einschließlich Großbritannien, bezog also zugunsten Kennedys „Design“ Position. Darüber hinaus, und damit forderte er de Gaulle heraus, hob er öffentlich die Notwendigkeit einer nuklearen Partnerschaft zwischen Europa und den USA hervor: „Was die Nuklearrüstung angeht, so hat Europa die Aufgabe, sich mit den Vereinigten Staaten die

⁴⁸ Vgl. zuletzt Geoffrey Warner, *Why the General Said 'No'*, in: *International Affairs* 78 (2002), S. 869–882.

⁴⁹ Birrenbach an Monnet, 16. 3. 1963, in: ACDP, I-433-51/1, NL Birrenbach.

⁵⁰ Peyrefitte, *C'était de Gaulle*, Vol. I, S. 461. Nach Peyrefitte spielt de Gaulle damit auf die Haltung der Sowjetunion an.

⁵¹ „Wir [...] haben es uns zum Ziel gesetzt, ein geeintes Europa zu schaffen und den Geist der Vorherrschaft zwischen den Nationen und Völkern auszurotten. [...] Um einen solchen Wandel zu bewirken, war es unerlässlich, das Gefühl der Diskriminierung zwischen den Völkern [...] restlos zu beseitigen. Um schon fünf Jahre nach dem Krieg an die Einigung Europas herangehen zu können, war es von entscheidender Bedeutung, daß jedermann einsah, daß es keine Sieger oder Besiegte mehr gab, sondern nur noch gleichberechtigte Partner unter gemeinsamem Recht.“ Deutsche Übersetzung der Rede Monnets anlässlich der Verleihung des Freedom Awards am 23. 1. 1963 in New York, Beilage zum Schreiben an Kurt Birrenbach vom 1. 2. 1963, in: ACDP, I-433-51/1, NL Birrenbach.

⁵² Telegramm von Monnet an Birrenbach mit Wortlaut der Erklärung Monnets gegenüber der Agence France Presse in Reaktion auf de Gaulles Veto gegen den Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), 16. 1. 1963, in: ACDP, I-433-51/1, NL Birrenbach. Vgl. auch Monnet, *Erinnerungen*, S. 581.

Verantwortung für die Verteidigung des Abendlandes zu teilen. Es hat das Recht, maßgeblich an Entscheidungen beteiligt zu sein, die das Überleben oder die Zerstörung der Völker Europas zu ihrer Folge haben können. Es ist notwendig, sowohl in der Verteidigungspolitik wie in den anderen Bereichen zu einer Aktionseinheit zwischen Europa und Amerika auf gleicher Augenhöhe zu gelangen.⁵³

Bei der Verleihung des „Freedom Award“ durch Präsident Kennedy am 23. Januar meinte Monnet, dass die USA die „Mitverantwortung und Mitbestimmung“ der Europäer „in der Verteidigung einschließlich der Atomwaffen“ akzeptierten⁵⁴. Damit lieh Monnet sein ganzes moralisches Gewicht dem Gedanken einer multilateralen Nuklearstreitmacht mit einem europäischen und einem amerikanischen Pfeiler unter einem NATO-„Dach“ – dies hätte er nicht getan, wenn der Gedanke unter westeuropäischen Politikern keine Zustimmung erfahren hätte.

Die Bonner Entscheidung für die von den USA angebotene MLF wurde weder durch das französische Veto noch durch den Deutsch-Französischen Vertrag außer Kraft gesetzt. Im Gegenteil, unter Mitwirkung von Monnet, Birrenbach und dem Vorsitzenden der Unionsfraktion Heinrich von Brentano stellte der Deutsche Bundestag dem Elysée-Vertrag einseitig eine Präambel voran, die der Bewahrung des europäischen Einigungswerkes und insbesondere der Wahrung der westdeutschen Option auf Teilnahme an der MLF diene, die Schröder, Birrenbach und andere Atlantiker durch den Elysée-Vertrag gefährdet sahen⁵⁵. Das amerikanische Angebot nuklearer Mitbeteiligung entwickelte eine Sogkraft auf die Bundesregierung und hatte zur Folge, dass eine exklusive Bindung an Frankreich ausgeschlossen, das Ziel der europäischen Integration bekräftigt und dieses mit der Stärkung der atlantischen Nuklearverteidigung verkoppelt wurde. Infolgedessen kam es zu einem Temperatursturz in der Zusammenarbeit mit Frankreich noch unter Bundeskanzler Adenauer. Der stärker transatlantisch orientierte Erhard erbte diese, auf die Bundestagsmehrheit gegründete Politik bei seinem Amtsantritt im Oktober 1963.

IV. Die Suche nach einem europäischen Pfeiler für die MLF

Nach dem Ringen um die Präambel, welche die französische Regierung nolens volens hinnahm, verfolgte die Bundesregierung, in der Außenminister Schröder

⁵³ Telegramm von Monnet an Birrenbach, 16. 1. 1963, in: ACDF, I-433-51/1, NL Birrenbach.

⁵⁴ Monnet anlässlich der Verleihung des Freedom Awards am 23. 1. 1963, wie Anm. 51.

⁵⁵ Vgl. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem US-Botschafter McGhee, 14. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 196, S. 817 f. Schröder: „Was die MLF und die Integration der NATO angehe, so sei [...] hier bereits vor Unterzeichnung des Vertrages die französische Haltung klar gewesen. Dies sei auch der Grund dafür gewesen, daß der Bundestag einstimmig die Präambel zum Ratifizierungsgesetz angenommen habe.“ Unter Anspielung auf die Gaullisten in der Bundesrepublik fügte Schröder hinzu: „Dies scheinen aber einige Leute vergessen zu haben.“ (S. 821) Vgl. Schulz, Monnet-Birrenbach, in: Wilkens (Hrsg.), Interessen verbinden, S. 312–324.

nun mehr zum Zuge kam⁵⁶, die Realisierung der transatlantischen MLF mit einem europäischen Pfeiler. Doch welcher Pfeiler sollte es sein? Schröder versuchte zunächst, die seit ihrer Gründung 1955 „schlafende“ Westeuropäische Union (WEU) zu reaktivieren⁵⁷, um die außen- und sicherheitspolitische Konsultation unter den Westeuropäern einschließlich Großbritanniens zu intensivieren. Die WEU hatte den Vorteil, dass sie bereits existierte, während für eine politische Union der Sechs schwierige Verhandlungen mit Frankreich notwendig gewesen wären. Darüber hinaus bot sie aus westdeutscher Sicht einen idealen Rahmen für eine europäische Verteidigungsgemeinschaft, weil sowohl die Sechs als auch die Nuklearmacht Großbritannien bereits Mitglieder der WEU waren, und eine Verteidigung Westeuropas nach Ansicht der meisten westlichen Politiker nicht ohne die Briten möglich war⁵⁸. Die britische Skepsis gegenüber einer multilateralen Nuklearverteidigung blieb in Bonn unberücksichtigt⁵⁹. Für die Bundesregierung schien die Reaktivierung der WEU besonders attraktiv, da die Beistandsgarantie im WEU-Vertrag weiter ging als diejenige der NATO⁶⁰. Die französische Regierung nahm zu diesen Bestrebungen eine bremsende Haltung ein und vermied es sorgfältig, die weitergehende WEU-Beistandsverpflichtung im Sinne einer Nukleargarantie für das Territorium der WEU-Mitgliedstaaten zu interpretieren⁶¹. Im Juli 1963 gelang es den fünf EWG-Mitgliedern und Großbritannien dennoch, die Abhaltung vierteljährlicher Außenministertreffen im Rahmen der Westeuropäischen Union durchzusetzen, wenngleich die französische Regierung versuchte, deren Bedeutung so gering wie nur möglich zu halten⁶². Im Rahmen der NATO wurde außerdem ein Studienausschuss zur Erstellung eines MLF-Gutachtens eingerichtet, dem Frankreich jedoch fernblieb⁶³.

Gegenüber Washington nahm Paris im Frühjahr 1963 offiziell die Position ein, dass eine europäische Atomstreitmacht denkbar sei, um das „deutsche Problem“ einzuhegen, sofern dafür eine europäische Entscheidungsgewalt geschaffen werde⁶⁴. Im Juni 1963 erklärte der französische Außenminister Couve de Murville

⁵⁶ Vgl. Oppelland, Schröder, S. 539–544. Oppelland spricht bereits für die Zeit vom Sommer 1962 bis Frühjahr 1963 von zwei „nebeneinander herfahrende[n] Züge[n]“ mit Bezug auf das Verhältnis zwischen Adenauer und Schröder; Zitat ebenda, S. 485.

⁵⁷ Vgl. Henri de Kergorlay, M. von Brentano décidé à dissiper la méfiance américaine à l'égard du traité franco-allemand: Un commentaire pour l'interprétation authentique du texte accompagnera la loi de ratification, in: *Le Figaro* vom 27. 3. 1963; Beilage zu einem Schreiben von Monnet an Birrenbach, 27. 3. 1963, I-433-051/1, NL Birrenbach.

⁵⁸ Vgl. Interview Monnets mit Indro Montanelli, *Corriere della Sera* vom 7. 4. 1963, Kopie an Birrenbach, NL Birrenbach, I-433-051/1.

⁵⁹ Zum britischen „Jein“ vgl. Schrafstetter, *Die dritte Atommacht*, S. 112 ff.

⁶⁰ Birrenbach an Monnet, 16. 3. 1963, in: AGDP, I-433-051/1, NL Birrenbach.

⁶¹ Vgl. Heuser, *Nuclear Mentalities*, S. 108.

⁶² Vgl. *L'année politique, économique, sociale et diplomatique en France 1964* (künftig: *L'année politique 1964*), Paris 1965, S. 209.

⁶³ Vgl. Bozo, *Two Strategies*, S. 132 f.

⁶⁴ Couve de Murville sagte gegenüber Kennedy, das deutsche Problem könne eingehegt werden, wenn eine europäische politische Autorität bestünde, welche die nukleare Entscheidungsgewalt ausüben könnte. Damit machte er die Entstehung einer europäischen politischen Auto-

im deutschen Fernsehen, dass für eine europäische Atomstreitmacht erst mal eine europäische politische Autorität errichtet werden müsse⁶⁵. Und die konnte natürlich nur mit Frankreich geschaffen werden. Doch die WEU war ja eine europäische Einrichtung, und gegen deren Aufwertung wehrte sich die französische Regierung. Die französische Position war für Bonn schwer zu durchschauen, denn nach Aktenlage fanden keine vertraulichen Gespräche statt. In einer Geheimbesprechung im Sommer 1963 ließ der französische Couve de Murville zum Beispiel die britische Regierung wissen, dass seine Regierung jede nukleare Teilhabe der Bundesrepublik ablehnte⁶⁶. Der französische Botschafter in Bonn, Roland de Margerie, teilte seinem britischen Kollegen gleichlautend mit, dass de Gaulle die Bundesrepublik niemals an nuklearen Waffen teilhaben lassen würde⁶⁷. Es gab also zwei französische Positionen: eine öffentliche und eine geheime. Hing die französische Regierung – mit der Forderung nach einer europäischen politischen Autorität als *conditio sine qua non* für eine europäische Atomstreitmacht – die Trauben geschickt so hoch, dass die Bundesrepublik sie nie würde erreichen können? Tatsächlich wurden im Juli 1963 in Paris – ohne jede Absprache mit der Bundesrepublik und damit in Verletzung der Konsultationsverpflichtung des Deutsch-Französischen Vertrages – die Weichen für eine nationale, unabhängige nukleare Abschreckungsstrategie gestellt.⁶⁸ Damit begannen die französischen Vorbereitungen für den Austritt aus der militärischen Integration der NATO. Und hinter den Kulissen wurde die französische Regierung in dem Maße, wie sich die Chancen für die MLF verbesserten, aktiver, um jegliche nukleare Mitverfügungsgewalt der Bundesrepublik zu verhindern.

Als Ludwig Erhard im Oktober 1963 ins Bundeskanzleramt einzog, berichtete der deutsche Botschafter in Paris Herbert Blankenhorn ihm in einer ausführlichen Notiz von einer nicht ablehnenden Haltung der französischen Regierung zur politischen Union⁶⁹. Er signalisierte weiter, dass es in Paris auch Stimmen gäbe, die für eine europäische Atomstreitmacht der Sechs seien, sofern dafür ein einheitliches politisches, europäisches Kontrollorgan geschaffen würde. Dies bedeutet, dass weder die deutsche Vertretung in Paris noch Erhard im Oktober 1963 die Position der französischen Regierung – Vorbereitung des NATO-Austritts, Ablehnung jeglicher deutscher Nuklearteilnahme – richtig einschätzten. Bundeskanzler Erhard indessen bemühte sich gleich intensiv und öffentlichkeitswirksam um die Wiederaufnahme eines Dialogs zur außen- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit und erklärte, dass Europa durch eine politische Union

rität zur Vorbedingung für eine multilaterale Streitmacht. Allerdings brächte die MLF keine nukleare Autonomie Europas, die Abhängigkeit von den USA bliebe. Vgl. Gespräch Couve de Murville mit Kennedy, 25. 5. 1963, in: Bozo, *Two Strategies*, S. 113.

⁶⁵ Vgl. Heuser, *NATO*, S. 152; Michel Eyraud, *La controverse nucléaire au sein de l'Alliance Atlantique*, in: *Stratégie* no. 1, Sommer 1964, S. 116 f.

⁶⁶ Vgl. Heuser, *NATO*, S. 152.

⁶⁷ Vgl. ebenda, S. 153, S. 151–157 u. S. 169.

⁶⁸ Vgl. Bozo, *Two Strategies*, S. 132 f.

⁶⁹ Aufzeichnung Blankenhorns, 21. 10. 1963, in: *AAPD 1963*, Band III, bearb. von Mechthild Lindemann und Ilse Dorothee Pautsch, München 1994, Dok. 395, S. 1355.

mit einer einheitlichen Stimme gegenüber der Sowjetunion sowie im atlantischen Bündnis gegenüber den USA auftreten könne⁷⁰. Wie ein im Auswärtigen Amt im Januar 1964 erarbeiteter Stufenplan für eine EPU mit föderaler Zielrichtung bestätigt⁷¹, sollte die von westdeutscher Seite angestrebte politische Union insbesondere Aufgaben im Bereich der Außen- und Verteidigungspolitik bekommen und die erste Stufe im Rahmen der WEU – also mit Großbritannien – beginnen.

Nach dem Antrittsbesuch in Paris, bei dem Erhard das Projekt einer politischen Union ansprach, de Gaulle jedoch eine vorsichtig abwartende Haltung einnahm, bereiste Erhard zu Beginn des Jahres 1964 verschiedene europäische Hauptstädte, um die Möglichkeiten einer außen- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit zu erörtern⁷². Erhards Politik ging vom Grundsatz aus, kein Europa der „mächtigeren oder weniger mächtigen Länder“, sondern der „freien und gleichberechtigten“ zu bauen⁷³. Darin versteckt war die Forderung nach Gleichheit der Bundesrepublik mit Frankreich: Dass de Gaulle hoffte, „in Europa die Hegemonie“ zu übernehmen, stand für Erhard fest. Dagegen wollte er sich wehren, ebenso kam eine „deutsch-französische Vormachtstellung oder eine Blockbildung“ für ihn nicht in Frage. Der zweite Grundsatz Erhards war, dass das freie Europa nicht gespalten sein sollte: Großbritannien, die Staaten der Europäischen Freihandelszone (EFTA) sollten möglichst bald dazugehören. Dafür sprachen nicht nur wirtschaftliche, sondern eben auch sicherheitspolitische Gründe. Bei Erhards Antrittsbesuchen ging es immer auch um die MLF. Der italienische Ministerpräsident Aldo Moro und Bundeskanzler Erhard sahen in der MLF ein Gegenprojekt bzw. ein Gegengewicht zum nuklearen Alleingang Frankreichs. Erhard legte „großen Wert darauf, daß möglichst viele europäische Länder sich an einer gemeinsamen europäischen Nuklearmacht beteiligen, um das Mißtrauen zu beseitigen und ein Gegengewicht zu de Gaulles Autonomietendenzen zu schaffen“. Falls die MLF misslinge und die USA sich aus Europa zurückzögen, wäre Frankreich die einzige Nuklearmacht und könnte sie „politisch ausspielen“. Aus dem Sprachgebrauch („europäische Nuklearmacht“) lässt sich erkennen, dass Erhard wie die Regierung in Rom mit der MLF gleichzeitig eine europäische Verteidigungsidentität errichten wollte. Eine „Europäisierungsklausel“, durch die die „spätere Umwandlung der MLF in eine europä-

⁷⁰ Vgl. Regierungserklärung vom 18. 10. 1963, in: Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Auswärtigen Amt, München 1990, S. 259–263, hier S. 261 f., und die Rede Erhards vor dem Deutschen Bundestag am 9. 1. 1964, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 14. 1. 1964, S. 1 f.; Deutsch-britische Regierungsbesprechungen in London, 16. 1. 1964, in: AAPD 1964, Bd. I, bearb. von Wolfgang Hölscher und Daniel Kosthorst, München 1995, Dok. 14, S. 69.

⁷¹ Stufenplan zur europäischen Einigung (Entwurf), 23. 1. 1964, in: Ebenda, Dok. 22, S. 118–120.

⁷² Erhard besuchte Frankreich am 21. 11. 1963, dann Anfang 1964 Großbritannien, Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg. Vgl. AAPD 1963, Bd. III, Dok. 423; sowie AAPD, Bd. I, Dok. 12, 27, 49, 59 u. 112. Ähnliche Reiseaktivitäten zugunsten der politischen Union unternahm der belgische Außenminister Paul-Henri Spaak. Vgl. Germond, Projets d'Union, S. 110 f.

⁷³ Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem Ministerpräsidenten Moro in Rom, 27. 1. 1964, in: AAPD 1964, Bd. I, Dok. 27, Zitate S. 134 ff.

sche Streitmacht nach Bildung einer europäischen politischen Union offengehalten wird“, und die USA auf ihr Vetorecht verzichteten, hatte die italienische Regierung bereits zu Beginn der MLF-Verhandlungen des NATO-Ausschusses mit US-Präsident Kennedy erörtert⁷⁴. Die Bundesregierung wollte aber auch im Fall der Errichtung einer politischen Union die Verbindung zu den USA und zur NATO aufrechterhalten⁷⁵. Die politische Union wurde also angestrebt, weil sie die nukleare Mitbestimmung der Bundesrepublik und Italiens später in einen europäischen Rahmen überführen sollte⁷⁶.

Moro und Erhard wollten außerdem Großbritannien über den Ministerrat der WEU in Konsultationen über die westeuropäische Verteidigung und die politische Union einbeziehen. London hatte am 23. Januar im Ministerrat der WEU darum gebeten, von Anfang an bei Gesprächen über die politische Union beteiligt zu werden⁷⁷. Außerdem hatte der britische Außenminister Richard A. Butler dem Bundeskanzler am 16. Januar versichert, dass Großbritannien grundsätzlich bereit war, an einem der vorgesehenen MLF-Musterschiffe teilzunehmen⁷⁸. Die MLF sollte aus multinational bemannten, mit Atomwaffen ausgerüsteten Kriegsschiffen bestehen.

Bei den deutsch-französischen Regierungskonsultationen im Februar 1964 bot de Gaulle Erhard eine französische Nukleargarantie an, um die Deutschen vom Streben nach nuklearer Mitverantwortung abzubringen. Für die deutsche Seite war das aber unbefriedigend⁷⁹. Da de Gaulle im Übrigen die Beteiligung Großbritanniens an Gesprächen zur politischen Union scharf ablehnte, aber weitere Bemühungen zur Wiederaufnahme der Gespräche über eine politische Union nicht grundsätzlich ausschloss⁸⁰, bearbeitete Erhard die Regierungen in Den Haag und Rom dahingehend, die britische Frage zunächst ruhen zu lassen. In Den Haag biss Erhard auf Granit⁸¹. Selbst der integrationsfreundliche Präsident

⁷⁴ Aufzeichnung der Politischen Abteilung II, geheim, 23. I. 1964, in: AAPD, 1964 Bd. I, Dok. 23, S. 120 ff., Zitat S. 120.

⁷⁵ Vgl. ebenda, S. 122 f., insbesondere Anm. 12.

⁷⁶ Außerdem einigten sie sich darauf, die Direktwahl des Europäischen Parlaments und die Wahl der Kommission anzuregen – gewissermaßen als Testballon, ob kleine Fortschritte erzielbar seien. Frankreich lehnte dies jedoch Ende Februar auf einem Ministerrat ab, und die italienische Regierung zog den Antrag zurück, um einen Eklat zu vermeiden. Gespräch Erhard mit Moro in Rom, 27. 1. 1964, in: AAPD 1964, Bd. I, Dok. 28, S. 142 f.; Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr, 27. 2. 1964, in: Ebenda, Dok. 56, S. 274 u. Anm. 7.

⁷⁷ Vgl. Gespräch Erhards mit Moro in Rom, 27. 1. 1964, in: Ebenda, Dok. 27, S. 135, Anm. 17.

⁷⁸ Vgl. Deutsch-britische Regierungsbesprechungen vom 16. 1. 1964, in: Ebenda, Dok. 14, S. 71 f.

⁷⁹ Gespräch zwischen de Gaulle und Erhard in Paris, 14. und 15. 2. 1963, in: Ebenda, Dok. 44 u. Dok. 49; vgl. Bozo, *Two Strategies*, S. 116.

⁸⁰ Vgl. Gespräch zwischen de Gaulle und Erhard, 14. und 15. 2. 1963, in: AAPD 1964, Bd. I, Dok. 44, S. 203 ff. u. S. 214 ff. sowie Dok. 49, S. 237; Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt, 8. 1. 1964, in: Ebenda, S. 25 f.; Gespräch zwischen Erhard und Botschafter de Margerie, 10. 1. 1964, in: Ebenda, Dok. 8, S. 29 f.

⁸¹ Vgl. Deutsch-niederländische Regierungsbesprechungen vom 2. und 3. 3. 1964, in: Ebenda, Dok. 59, S. 281, S. 285 u. S. 288.

der EWG-Kommission Walter Hallstein mahnte Erhard im April zu Geduld⁸². Der Bundeskanzler war daraufhin schon geneigt, die Bemühungen um eine politische Union aufzugeben⁸³.

Als Katalysator für die Fortsetzung der westdeutschen Bemühungen für eine politische Union wirkte jedoch die Erneuerung der amerikanischen Initiative für eine multilaterale Atomstreitmacht im Frühjahr 1964. Das US-State Department, allen voran George Ball, überzeugte Präsident Lyndon B. Johnson, der nach dem Tode Kennedys im November 1963 die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, dass das Projekt mit mehr Schwung vorangetrieben werden müsste⁸⁴. Hintergrund der zunehmenden Dynamik, mit der die MLF betrieben wurde, waren das wachsende Engagement Washingtons im Vietnam-Konflikt und das Motiv, die amerikanische Präsenz in Europa, zumindest aber deren Kosten und damit die US-Haushaltsprobleme zu reduzieren⁸⁵. Die MLF würde eine Verlagerung der Kosten der nuklearen Abschreckung auf die Europäer bedeuten⁸⁶. Nachdem der MLF-Expertenausschuss bei der NATO, dem Vertreter Großbritanniens, der Bundesrepublik, Italiens, der Niederlande, Griechenlands und der Türkei angehörten, ein positives Gutachten vorgelegt hatte⁸⁷, machte die US-Regierung am 8. April 1964 bekannt, dass nach den Präsidentschaftswahlen gegen Ende 1964 ein MLF-Abkommen mit der Bundesrepublik und den anderen NATO-Partnern geschlossen werden sollte⁸⁸. Wie der amerikanische Vertreter im NATO-Rat Thomas Finletter nach einer Besprechung mit Präsident Johnson auf einer Pressekonferenz bekannt gab⁸⁹, sollte die MLF aus 25 mit je acht Polaris-A3-Raketen bestückten Kriegsschiffen bestehen, deren Mannschaften multinational zusammengesetzt sein würden. Als Erhard Johnson im Juni 1964 besuchte, wurde das Ziel bekräftigt, die Verhandlungen über die MLF bis zum Jahresende abzuschließen⁹⁰.

⁸² Vgl. Gespräch Erhards mit Mitgliedern der EWG-Kommission in Brüssel, 24. 4. 1964, in: Ebenda, Dok. 110, S. 484 f.

⁸³ Das Auswärtige Amt versandte einen Runderlass, in dem die Hoffnungen auf auch nur bescheidene Fortschritte gedämpft wurden. Runderlass des Staatssekretärs Carstens vom 25. 4. 1964, in: Ebenda, Dok. 112, S. 487.

⁸⁴ Vgl. Winand, Eisenhower, S. 351 f. Zu Johnson Thomas A. Schwartz, Lyndon Johnson and Europe: In the Shadow of Vietnam, Cambridge/MA 2003.

⁸⁵ Vgl. die Klagen Johnsons, Gespräch zwischen Erhard und Johnson, in: AAPD 1964, Bd. I, Dok. 161, S. 654 f.

⁸⁶ Johnson hatte bei Erhards Besuch in den USA im Dezember 1963 mit dem Gedanken „gedroht“, die US-Truppen aus Europa abzuziehen, und im Mai sprach er darüber in einem Interview mit einer deutschen Boulevardzeitung. Vgl. Horst Osterheld, Außenpolitik unter Ludwig Erhard 1963–1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt, Düsseldorf 1992, S. 45 f. (über Erhards USA-Besuch im Dezember 1963); vgl. Interview mit Johnson in: Quick vom 3. 5. 1964, S. 8–13 u. S. 138–142.

⁸⁷ Vgl. L'année politique 1964, S. 240.

⁸⁸ Vgl. Winand, Eisenhower, S. 352.

⁸⁹ Vgl. L'année politique 1964, S. 240.

⁹⁰ Kommunique vom 12. 6. 1964 über die Besprechungen zwischen Präsident Johnson und Bundeskanzler Erhard in Washington, in: Europa-Archiv, 13/1964, D 323-325. Vgl. Koopmann, Das schwierige Bündnis, S. 234; Winand, Eisenhower, S. 352.

V. Der „Monnet-Plan“ für eine europäische Atomstreitmacht

Während der US-Botschafter im NATO-Hauptquartier sich um einen Vorschlag für einen Vertragsentwurf bemühte, intensivierte sich die Diskussion um den europäischen Pfeiler, der im Rahmen der NATO möglichst geschlossen auftreten und die Nuklearbeteiligung der Bundesrepublik und Italiens „europäisch“ strukturieren sollte. Äußerst aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang ein Plan Jean Monnets für eine europäische Atomstreitmacht, auf den sich die deutsche Außenpolitik anschließend bezog⁹¹. Birrenbach hatte Monnet bereits im März 1963 vorgeschlagen, dass sich das Aktionskomitee der MLF-Frage annehme, um einen Konsens über die Gestalt einer europäischen politischen Autorität herbeizuführen, der die USA – analog zum Nassauer Abkommen – Atomwaffen zur Verfügung stellen könnte⁹². Der „Monnet-Plan“ kam offenbar infolge des Briefwechsels mit Birrenbach und weiterer Sondierungen Monnets zustande.

Wie Birrenbach war auch Monnet überzeugt, dass die Teilnahme der USA an der Verteidigung Europas unverzichtbar war⁹³. Jedoch sollte die Verantwortung für die Strategieplanung, Entwicklung, Kontrolle und Begrenzung von Atomwaffen nicht mehr allein von den USA ausgeübt, sondern auch die Europäer daran beteiligt werden. Denn solange die Amerikaner alle Kosten und Verantwortung der Abschreckung trügen, die Europäer diese aber scheuten, blieben sie politisch entmündigt und im Ernstfall ohne politischen Einfluss auf die grundlegende Frage der eigenen Existenz. In dem Maße wie sich die US-Strategie nach amerikanischen – nicht europäischen – Bedürfnissen ausrichtete, würde die Sicherheitsgarantie an Wert verlieren. Auch bestehe die Gefahr, dass die Europäer von Verhandlungen zwischen den Supermächten untereinander ausgeschlossen blieben oder dass die Sowjetunion sich eines Tages derart überlegen fühle, dass sie versucht sein könnte, ihren Einfluss nach Westeuropa auszudehnen. Wenn die Europäer ihre Position der Unterlegenheit nicht auf Dauer akzeptieren wollten, müssten sie also politische Verantwortung im entscheidenden verteidigungspolitischen Bereich übernehmen und über nukleare Kapazitäten verfügen. Aufgrund ihres technologischen Rückstands müssten sie sich aber mit den USA im nuklearen Bereich assoziieren. Für die Beteiligung der Westeuropäer an der Nuklearverteidigung Westeuropas diskutierte Monnet in seinem Plan drei Optionen: Erstens

⁹¹ „Les armes nucléaires et l'Europe“, o. Da. (ca. Frühjahr 1964), o. Vf., aber in den Akten Birrenbachs zum Monnet-Komitee und mit handschriftlichen Ergänzungen Monnets, in: ACDP, I-433-050/2, NL Birrenbach. Außenminister Schröder bezog sich in einem Gespräch über MLF und Europäische Politische Union mit dem US-Botschafter McGhee ausdrücklich auf den „Monnet-Plan“, 14. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 196, S. 819. Es kann sich dabei nur um dieses bisher unbekanntes Dokument handeln. Auf die Resolution des Monnet-Komitees bezog sich Schröder angesichts seiner Wortwahl sicherlich nicht.

⁹² „Should we as Committee not occupy ourselves with this key problem?“ Birrenbach an Monnet, 16. 3. 1963, in: ACDP, I-433-051/1, NL Birrenbach.

⁹³ „[P]our assurer la défense européenne, il faut la participation des Etats-Unis“. Monnet in einem Interview mit Indro Montanelli, in: Corriere della Sera vom 7. 4. 1963, übersetzte Kopie an Birrenbach, in: ACDP, I-433-051/1, NL Birrenbach.

könnten sich einzelne westeuropäische Staaten nationale Nuklearkapazitäten verschaffen. Zweitens könnten die Westeuropäer im Rahmen der NATO an der Entscheidung und Kontrolle über Atomwaffen des westlichen Bündnisses (MLF) partizipieren. Oder sie könnten, drittens, eine von den USA unabhängige, supranationale europäische Atomstreitmacht errichten⁹⁴.

Die nationalen Lösungen wurden von Monnet kritisiert. Nationale Streitkräfte einzelner europäischer Länder könnten mangels Ressourcen die amerikanische Abschreckungskapazität nicht ersetzen und würden die Gleichheit unter den Europäern beenden. Die sicherheitspolitische Solidarität zwischen den Europäern werde dadurch unterminiert. Durch nationale Streitkräfte allein könne Europa keine größere Rolle in der Verteidigung des Westens und bei der Wahrung des Weltfriedens spielen⁹⁵.

Die europäische Integration im Bereich der Nuklearverteidigung würde dagegen einen entscheidenden Beitrag zur politischen Integration des Kontinents und zur Verteidigung des Westens liefern. Wenn die Nuklearforschung, die Herstellung und die Kontrolle von Atomwaffen eine gemeinschaftliche Angelegenheit sei, würde die nationale Proliferation von Atomwaffen begrenzt, die sicherheitspolitische Solidarität gewahrt und die Kapazitäten ausreichend sein, um einen Abschreckungseffekt zu gewährleisten⁹⁶. Monnet forderte aus diesem Grund öffentlich auf einem Gewerkschaftskongress des DGB die Errichtung einer „europäischen politischen Autorität auf demokratischer Grundlage“ als Voraussetzung für eine Mitverantwortung in der Nuklearverteidigung⁹⁷. Eine derartige Einheit könnte sich mit den USA assoziieren und deren gleichberechtigter Partner werden.

Solange sich einige Regierungen weigerten, ihre nationalen Atomstreitkräfte einer gemeinschaftlichen politischen Autorität zu unterstellen, konnte sich Monnet jedoch vorerst nur eine transatlantische Atomstreitmacht unter dem Dach der NATO vorstellen: Die MLF sollte als Behelfslösung errichtet werden, bis es den Europäern gelänge, eine Europäische Politische Union zu gründen.

„Die multilaterale Streitmacht ist der erste Versuch einer Integration auf dem Felde der Strategie sowohl innerhalb Europas wie auch zwischen Amerikanern und Europäern. Es ist ein erster Schritt. Er kann dazu dienen, die Schaffung einer europäischen Atomstreitmacht – die mit der amerikanischen verbunden ist – technisch vorzubereiten.“⁹⁸

Monnet kritisierte jedoch, dass die politische Präponderanz der USA durch eine MLF mit amerikanischem Vetorecht nicht aufgehoben würde. Gemäßigt werden könnte sie nur, wenn die Europäer ihrerseits eine politische Union unter sich

⁹⁴ „Les armes nucléaires et l'Europe“, in: ACDP, I-433-050/2, NL Birrenbach.

⁹⁵ Ebenda.

⁹⁶ Ebenda.

⁹⁷ Zitat aus der Ansprache Jean Monnets auf einem Kongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Dortmund am 6. 7. 1963, Abschrift in: ACDP, I-433-050/2, NL Birrenbach.

⁹⁸ Ebenda.

herbeiführten, die eine gemeinsame Nuklearpolitik zu führen fähig sei und eine gemeinschaftliche Atomstreitmacht kontrollieren könnte⁹⁹. Nur eine auf allgemeinem Wahlrecht basierende europäische politische Autorität könne eine hinreichende Legitimität für eine derartige Verantwortung innehaben. Die Regierungschefs der einzelnen Länder müssten einem solchen Gremium angehören; doch da dieses nicht in der Lage sein würde, bei Gefahr schnell zusammenzutreten, müsste ein von einem speziellen Kongress gewählter Präsident ihm vorstehen¹⁰⁰. Monnet plädierte also für eine supranationale politische Union, die mit den Vorstellungen de Gaulles unvereinbar war.

Nach weiteren Sondierungsgesprächen und Briefwechselln¹⁰¹ entwarf Monnet für die Tagung des Aktionskomitees am 1. Juni 1964 in Bonn eine Resolution über die EPU und die MLF. Die daraus resultierende „Gemeinsame Erklärung“ des Aktionskomitees, deren MLF-Teil nicht einstimmig, aber mit großer Mehrheit verabschiedet wurde¹⁰², forderte neben einer Vertiefung der europäischen Integration und dem Aufbau einer gleichberechtigten Partnerschaft mit den USA auch den sofortigen Beginn einer gemeinsamen Nuklearpolitik mit den USA als einen von drei zentralen Punkten¹⁰³. Da die vollständige Abrüstung von Kernwaffen nicht möglich sei, müsse Europa zur nuklearen Verteidigung des Westens beitragen, und zwar nicht im nationalen Rahmen, da dies nur den Druck auf andere Länder erhöhe, ebenfalls ein nukleares Arsenal aufzubauen, sondern im Rahmen einer politischen Vereinigung Europas, das einen Verteidigungsbeitrag im Rahmen der NATO leisten würde. Eine politische Union könne eine Autorität bilden, „die in der Lage ist, den europäischen Beitrag zur Verteidigungsgemeinschaft zu kontrollieren und zu verwalten [. . .]. Die Länder der Europäischen Gemeinschaft müssen die Notwendigkeit einer gemeinsamen Anstrengung begreifen“¹⁰⁴. Die MLF wurde seitens des Aktionskomitees als Zwischenlösung in einem schwierigen Umfeld und somit als Vorstufe einer europäischen Verteidigungsorganisation befürwortet. Für den MLF-Vertrag forderte es deshalb eine „Europäisierungsklausel“.

Wenige Wochen nach der Tagung des Monnet-Komitees in Bonn forderte auch die parlamentarische Versammlung der WEU eine Intensivierung verteidigungs-

⁹⁹ „L'établissement d'une force européenne et d'une association à part entière de l'Europe et de l'Amérique dans le domaine politique et militaire dépend donc de la création d'une autorité politique européenne“, in: Ebenda.

¹⁰⁰ „Le Conseil arrêterait la politique nucléaire de la Communauté, son budget et ses programmes. Le président négocierait les traités et les accords extérieurs, en premier lieu le traité d'association avec les Etats-Unis. Il exécuterait les décisions du Conseil, administrerait la Force et, en temps de la crise, prendrait les décisions relatives à son utilisation“, in: Ebenda.

¹⁰¹ Birrenbach an Monnet, 22. 5. 1964, in: ACDP, I-433-050/2, NL Birrenbach; Monnet an Birrenbach, 26. 5. 1964, in: Ebenda.

¹⁰² Vgl. Duchêne, Monnet, S. 331.

¹⁰³ Von deutscher Seite waren beteiligt Willy Brandt, Fritz Erler, Herbert Wehner (SPD), Franz Etzel, Kurt Georg Kiesinger, Rainer Barzel (letzterer i. V. von Heinrich von Brentano) (CDU), Erich Mende (FDP), von Gewerkschaftsseite die Vorsitzenden Ludwig Rosenberg (DGB) und Otto Brenner (IG Metall).

¹⁰⁴ Déclaration commune, Comité d'action pour les Etats-Unis d'Europe, 1. 6. 1964, in: ACDP, I-433-050/2, NL Birrenbach.

politischer Zusammenarbeit in Westeuropa¹⁰⁵. Sie stellte außerdem ein Programm für eine europäische Union in den Bereichen Außen- und Verteidigungspolitik unter Einschluss Großbritanniens vor, an dem der CDU-Abgeordnete von Merkatz maßgeblich beteiligt war und die von fast allen Abgeordneten mitgetragen wurde (zwei Holländer und drei Labour-Abgeordnete enthielten sich der Stimme)¹⁰⁶. Die Wiederbelebung der Idee der MLF durch die Amerikaner, das Gutachten des NATO-Ausschusses, der (geheime) Monnet-Plan, die Resolution des Monnet-Komitees und die Resolution der Versammlung der WEU belegen den engen Zusammenhang zwischen MLF und Europäischer Politischer Union. All das zeigt, dass unter den Parlamentariern Westeuropas eine beachtliche Zustimmung für eine engere verteidigungspolitische Zusammenarbeit in Europa bestand, bei der man die nukleare Verteidigung nicht ausklammern konnte. Am 30. Juni legte der britische Verteidigungsminister Peter Thorneycraft ein neues Konzept für eine land- und luftgestützte multilaterale Nuklearmacht vor¹⁰⁷. Damit versuchte London zwar, die amerikanische Politik in eine neue Richtung zu lenken, stimmte aber dem MLF-Prinzip wie schon in Nassau zu. Die nukleare Mitverantwortung der Bundesrepublik schien greifbar nahe. Dieses Szenario bildete den Hintergrund für den „Ehekrach“ auf dem deutsch-französischen Gipfel in Bonn am 3. und 4. Juli 1964.

VI. Der Eklat beim deutsch-französischen Gipfel im Juli 1964¹⁰⁸

Bei den deutsch-französischen Regierungskonsultationen brachte Adenauer Bundeskanzler Erhard in arge Bedrängnis, weil er eine Nebenaußenpolitik betrieb und den französischen Staatspräsidenten ermutigte, von der Bundesrepublik eine einseitige Option zugunsten Frankreichs und gegen die USA zu verlan-

¹⁰⁵ Erhard bezog sich auf diese Resolution vom 23. 6. 1964 in einem Gespräch mit de Gaulle über die Europäische Politische Union. Vgl. Protokoll des Gesprächs zwischen Erhard und de Gaulle vom 4. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 187, S. 776, Anm. 23. Wortlaut der Resolution der WEU-Versammlung in: Europa-Archiv 1964, D 493 f., und vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesrepublik Deutschland 1964, S. 1038 f.

¹⁰⁶ Gespräch des Altbundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle, 3. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 184, S. 751.

¹⁰⁷ Vgl. Schrafstetter, Die dritte Atommacht, S. 115.

¹⁰⁸ Im Zusammenhang mit diesem Gipfel am 3./4. 7. 1964 wird immer wieder von einem „Desaster“ oder „Eklat“ gesprochen, doch mit ganz unterschiedlichen Akzenten; vgl. Hentschel, Ludwig Erhard, S. 688 u. S. 701. Ein Teil der Forschung behauptet, Erhard hätte de Gaulle brüskiert und ein einmaliges Angebot auf Nuklearkooperation abgelehnt, vgl. ebenda, S. 697 ff., Soutou, „La France et la défense européenne“, S. 32 f., und ders., L'alliance incertaine, S. 273. Anderenorts heißt es, Adenauer habe de Gaulle zur „Optionsfrage“ – also zur Wahl zwischen Frankreich und den USA – gedrängt; vgl. Hoppe, S. 185. Grundlage der Interpretationen von Hentschel und Soutou sind Presseartikel und die Erinnerungen Adenauers, Horst Osterhelds und Strauß'. Weder Osterheld noch Strauß, noch Adenauer waren jedoch bei den Gesprächen zwischen Erhard und de Gaulle bzw. Couve de Murville und Schröder sowie bei den Gesprächen, die Staatssekretär Karl Carstens mit den französischen Regierungsmitgliedern im Juli 1964 führte, zugegen. Diese Quellenbasis ist folglich unzureichend.

gen¹⁰⁹. Erhard eröffnete dem französischen Staatspräsidenten, dass er mit allen Kräften ein geeintes Europa entwickeln wolle, und bot ihm an, im Rahmen der deutsch-französischen Strukturen eine Arbeitsgruppe zur politischen Union einzusetzen. Er sei offen, über deren Gestalt zu diskutieren. Warum Erhard so vehement daran arbeiten wollte, darüber schweigt das Protokoll. Doch er deutete an, dass die Stärkung des „politische[n] Europa“ von dem „militärische[n] Teil natürlich nicht zu trennen“ sei¹¹⁰. Aufgrund des Zusammenhangs zwischen politischer Union und Nuklearteilhabe kann gefolgert werden, dass Erhard mehr Mitsprache bei Nuklearwaffen haben und gleichzeitig den französischen Forderungen nach einem europäischen Europa entgegenkommen wollte. De Gaulle jedoch wich Erhard aus und ließ den Vorschlag einer Arbeitsgruppe beiseite.

Stattdessen stellte der französische Staatspräsident die berühmte „Optionsfrage“. Er eröffnete, dass ohne eine Lösung Deutschlands aus der NATO keine Fortschritte im deutsch-französischen Verhältnis und im Hinblick auf die europäische Entwicklung möglich seien. Deutschland müsse also zwischen den USA und Frankreich wählen, wenn es europäische Fortschritte wirklich wolle¹¹¹. Als Alternative wies er auf den Elysée-Vertrag hin, auf dem ein unabhängiges Europa intergouvernemental aufgebaut werden könnte¹¹². Ohne die Bundesregierung auf bevorstehende Initiativen oder neue Richtungen der französischen Außenpolitik diplomatisch vorbereitet zu haben, eröffnete Couve de Murville seinem Amtskollegen Schröder in einem anderen Gespräch, dass Frankreich beabsichtige, aus der NATO-Integration auszutreten und die „Kommandogewalt (über die

¹⁰⁹ Tatsächlich hatte de Gaulle Adenauer die Optionsfrage gestellt; nur hatte dieser deren Tragweite offenbar nicht verstanden. „Die Frage sei letzten Endes“, so de Gaulle, „ob man in Deutschland heute wirklich bereit sei, eine europäische Konstruktion anzufangen, ohne sich darum zu kümmern, ob die Amerikaner damit einverstanden seien, und ohne sich um die Bedingungen zu kümmern, die Amerika damit verbunden sehen würde. Die Frage sei, ob Deutschland wirklich eine so klare Wahl schon getroffen habe.“ Adenauer erwiderte de Gaulle – nach weiteren Ausführungen über die englische Frage – „daß das deutsche Volk jetzt reif sei, eine Wahl in diesem Sinne zu treffen“. Gespräch Adenauers mit de Gaulle vom 3. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 184, S. 752. Ohne die Implikationen der französischen Politik für die Sicherheit der Bundesrepublik oder die EWG zu verstehen, erklärte der Altbundeskanzler, dass er „glücklich“ wäre, wenn aus dem von de Gaulle „geäußerten Gedanken schließlich nur Deutschland und Frankreich hervorgingen“ – ein deutsch-französischer Zusammenschluss war ihm völlig hinreichend. Ebenda, S. 754. Vgl. aber Hentschels Interpretation, er leugnet, dass die Optionsfrage je gestellt wurde. Hentschel, Ludwig Erhard, S. 698. Hentschel hat die Protokolle des Auswärtigen Amtes nicht gesichtet bzw. nicht zitiert.

¹¹⁰ Gespräch Erhard mit de Gaulle, 3. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 180, S. 717.

¹¹¹ „Was Deutschland und Frankreich anbelange, so könnten diese beiden Länder [...] im derzeitigen Zeitpunkt hinsichtlich ihrer politischen Zusammenarbeit nichts Wesentliches unternehmen, denn in Wirklichkeit habe Deutschland nicht ‚gewählt‘. [...] In der Alternative [...] entweder eine den Vereinigten Staaten untergeordnete Politik zu betreiben, oder eine wirklich europäische Politik zu betreiben, d. h. eine von Amerika unabhängige, wenn auch nicht gegen Amerika gerichtete Politik, sei Deutschland nicht entschlossen.“ „In erster Linie müßte sich Deutschland entscheiden“, in: Ebenda, S. 714 u. S. 722.

¹¹² Vgl. ebenda, S. 718 u. S. 720.

französischen Streitkräfte) selbst zu übernehmen¹¹³. Damit eröffnete sich für Bonn ein neuer Blick auf die Absichten der französischen Regierung, der unmittelbar verdeutlichte, wie weit die beiden Seiten verteidigungspolitisch voneinander entfernt waren. Die Weichenstellung für eine unabhängige, nationale nukleare Abschreckungsstrategie war bereits im Juli 1963 – ein Jahr zuvor, also vier Monate vor Erhards Amtsantritt – ohne Konsultationen mit Bonn erfolgt¹¹⁴ und hatte mit einer Brüskierung de Gaulles durch Erhard nichts zu tun¹¹⁵. Ungeachtet dessen bestand de Gaulles Hauptkritik an der deutsch-französischen Zusammenarbeit gerade in dem Fehlen einer gemeinsamen Linie in der Verteidigung und der westdeutschen Option für die MLF: „Im Bereich der Verteidigung besteht keine Übereinstimmung zwischen Deutschland und Frankreich, und daher gibt es auch keine gemeinsame Außenpolitik. Sie zum Beispiel machen die MLF.“¹¹⁶ Die MLF, so de Gaulle, stehe im Widerspruch zum Elysée-Vertrag, in dem die Bundesrepublik sich für eine enge verteidigungspolitische Zusammenarbeit mit Frankreich entschieden habe¹¹⁷. Die französische Regierung hatte sich bisher der offenen Kritik an der MLF nur deshalb enthalten, so Couve de Murville, weil sie diese lediglich für einen Lockvogel der USA gehalten hatte¹¹⁸. Damit war die Ursache der französischen Unzufriedenheit auf dem Tisch. Die Bundesregierung war auf solche Vorwürfe offenbar nicht vorbereitet. Staatssekretär Carstens stellte klar, dass Deutschland keine nationale Verfügungsgewalt über die Bombe wolle, sondern hoffe, über die MLF „Einfluß auf die nukleare Planung und auf die nuklearen Entscheidungen zu erhalten, die für die moderne Verteidigung notwendig sind“¹¹⁹. Darauf gingen seine Gesprächspartner nicht ein. Eine gemeinsame Außenpolitik gab es de Gaulle zufolge nur dann, wenn die Bundesrepublik „dieselbe Linie wie Frankreich verfolgen könne“. Eine beiderseitige Annäherung war gar nicht im Sinn des Generals, er glaubte, „dass die Ereignisse Deutschland ganz automatisch dazu führen werden, dieselbe Linie wie Frankreich anzunehmen“¹²⁰. De Gaulles Tandemsvorstellung mit Frankreich am Steuer und der Bundesrepublik als Sozium konnte nicht deutlicher zum Ausdruck kommen.

Weiter schlug de Gaulle vor, die Bundesrepublik solle exklusiv für den Deutsch-Französischen Vertrag und gegen die EWG-Partner optieren. Wenn die EWG-Partner nicht mit den französischen Vorstellungen intergouvernementaler

¹¹³ Gespräch Schröder mit Couve de Murville, 3. 7. 1964, in: Ebenda, Dok. 182, S. 736.

¹¹⁴ Vgl. Bozo, *Two strategies*, S. 132–134.

¹¹⁵ Henschel wirft Erhard unter Berufung auf Zeitzeugen „politische Verweigerungen und persönliche Brüskierungen“ des Generals vor; Henschel, *Ludwig Erhard*, S. 850.

¹¹⁶ Geheime Gesprächsnotiz von Staatssekretär Carstens, 4. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 210, S. 768.

¹¹⁷ Auch in einem Gespräch mit Staatssekretär Carstens verlangte de Gaulle unmissverständlich die Lösung der deutschen Bindungen zur USA und einen Verzicht auf die MLF. Geheimprotokoll von Staatssekretär Carstens über Gespräche mit Staatspräsident de Gaulle und dem französischen Außenminister Couve de Murville, 4. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 186, S. 768.

¹¹⁸ Gespräch Schröder – Couve de Murville, 3. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 182, S. 736.

¹¹⁹ Geheimprotokoll Staatssekretär Carstens, 4. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 186, S. 768.

¹²⁰ Zweites Gespräch Erhard – de Gaulle, 4. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 187, S. 776.

Kooperation konform gingen, dann müsse man eben „auf die Wirtschaftsgemeinschaft mit ihnen verzichten“¹²¹. Handelte es sich bei dieser offenen Drohung um eine Überspitzung, um ein Missverständnis, um einen Übersetzungsfehler? Keineswegs, denn im Gespräch mit Altbundeskanzler Adenauer war de Gaulle noch deutlicher geworden: Frankreich und die Bundesrepublik sollten die übrigen Vier zum Mitmachen bei einer lockeren Allianz der Sechs unter französischer Führung zwingen mit der Drohung, „daß es sonst auch mit der Wirtschaftsgemeinschaft für sie aus sei“¹²². Anhand der deutschen Gesprächsprotokolle erscheint De Gaulle tatsächlich als jemand, der mit der Atombombe im Gepäck und Deutschland im Gefolge kleinere Länder erpressen und die französische Führungsrolle in Europa erzwingen wollte¹²³. De Gaulle glaubte jedoch nicht, dass die Bundesregierung „heute schon genügend entschlossen sei, eine so kategorische Politik zu betreiben. Das wüßten die anderen natürlich, und deswegen machten sie nicht mit“, so der französische Staatspräsident¹²⁴.

Die bundesdeutschen, mehr föderativen Vorstellungen, die eine integrierte europäische Atomstreitmacht unter Einschluss Großbritanniens und Mehrheitsentscheide ermöglichen sollten, lehnte Paris hingegen ab. De Gaulle glaubte nicht, dass Deutschland und Frankreich gemeinsam mit Großbritannien eine „Europäische Politik [...] betreiben“ könnten¹²⁵. Staatssekretär Carstens bekam in seinem Gespräch mit de Gaulle den Eindruck, dass diesem an „neuen Organisationsformen für die europäische politische Zusammenarbeit [...] nichts“ liege¹²⁶. De Gaulle hielt solche Bestrebungen für aussichtslos. Aussichtslos waren sie jedoch hauptsächlich, weil er selbst eine nationale, unabhängige Politik betreiben wollte, die niemand sonst in Europa mittrug. Die fünf übrigen EWG-Mitgliedstaaten verlangten stattdessen eine europäische, kompromissbereite, auf der gemeinsamen Ausübung von Kompetenzen beruhende Politik¹²⁷.

¹²¹ Gespräch Erhard–de Gaulle, 3. 7. 1964, in: Ebenda, Dok. 180, S. 723, und Erhard–de Gaulle, 4. 7. 1964, in: Ebenda, Dok. 187, S. 769.

¹²² Gespräch Adenauer–de Gaulle, 3. 7. 1964, in: Ebenda, Dok. 184, S. 753 f.

¹²³ „Wenn Deutschland und Frankreich wirklich entschlossen seien, Europa zu schaffen und in erster Linie für das Europa der Sechs eine gewisse politische Organisation auf die Beine zu stellen, sei es auch nur als einen Anfang, und wenn Deutschland und Frankreich entschlossen seien, den Sechs [Vier] zu sagen, daß sie entweder mitmachen müßten, oder daß es sonst auch mit der Wirtschaftsgemeinschaft für sie aus sei, dann ginge alles gut. Wer keine politische Union wolle, könne auf die Dauer auch nicht erwarten, daß die Wirtschaftsgemeinschaft fort-dauere. Man müsse also entweder bei der politischen Union mitarbeiten, oder auch die Wirtschaftsgemeinschaft ginge zu Ende.“ De Gaulle im Gespräch mit Adenauer, 3. 7. 1964, in: Ebenda, Dok. 184, S. 753 f.

¹²⁴ Ebenda, S. 754.

¹²⁵ Vgl. ebenda, S. 751–754, Zitat S. 754.

¹²⁶ Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit Staatspräsident de Gaulle und dem französischen Außenminister Couve de Murville, 4. 7. 1964, in: Ebenda, Dok. 186, S. 768.

¹²⁷ Eine von Adenauer vorgeschlagene Mitwirkung der Diktatoren Salazar und Franco hielt der Staatspräsident dagegen für geeignet und begrüßte es, sie in Gespräche einzubeziehen, was allein die Idee einer politischen Union schon im Keim ersticken musste. Gespräch Adenauers mit de Gaulle, 3. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 184, S. 754 f. Erhardts spöttischer Kommentar: „Mit den beiden Diktatoren Europas würde man sich dann in angenehmer und guter

De Gaulles Vorschläge liefen der bundesdeutschen Politik und ihren Methoden – sowie denen der übrigen EWG-Partner – in allen Punkten entgegen, sei es im Hinblick auf die NATO und MLF, politische Union, supranationale Integration oder die Einbeziehung Großbritanniens. Der Bundestag hätte eine Abkehr von der NATO oder eine Politik der Drohungen gegenüber den EWG-Partnern nie mitgetragen. De Gaulle verstand nicht die Bedeutung des Multilateralismus und der Westintegration für die außenpolitische Kultur der jungen Bundesrepublik.

VII. Ein französisches Angebot auf Nuklearkooperation?

Hatte de Gaulle auch konstruktive Vorschläge mit im Gepäck, um die Bonner Regierung von ihrem MLF-Kurs abzubringen? Kanzleramtsmitarbeiter Osterheld behauptete nach dem Gipfel unter Berufung auf Staatssekretär Carstens und Strauß unter Hinweis auf angebliche Kontakte mit dem französischen Geheimdienst, de Gaulle habe ein Angebot auf Nuklearkooperation unterbreitet¹²⁸. In einem Gespräch mit Erhard im Februar 1963 und erneut am 4. Juli sprach de Gaulle jedoch nur von einer Nukleargarantie, einem automatischen Einsatz der *Force de frappe* für die Verteidigung Europas¹²⁹. Das war aber nicht dasselbe wie Nuklearkooperation, verpflichtete die französische Regierung zu nichts, und wenn es einen echten Automatismus gegeben hätte, dann hätte man ja auch eine europäische Atomstreitmacht errichten können. Die MLF kritisierend, soll de Gaulle gegenüber Carstens außerdem gesagt haben: „Warum gehen Sie nicht mit uns zusammen? Wir haben die Bombe auch. Bei uns können Sie einen weit größeren Anteil erhalten (oder: weit mehr beteiligt werden).“¹³⁰ Carstens hat jedoch durch seinen Zusatz in Klammern auf Übersetzungsprobleme bei dieser Passage hingewiesen und später in einem Memorandum festgehalten, dass de Gaulle nur einmal eine schwammige Formulierung verwendet habe, und ansonsten kein Indiz für ein ernsthaftes Angebot auf eine deutsch-französische Nuklearkooperation vorliege¹³¹. Außerdem hatte de Gaulle gegenüber Carstens schon Wochen zuvor sein Desinteresse an neuen Formen der europäischen Zusammenarbeit erkennen lassen¹³². Da aber die französische Regierung eine europäische Atom-

Gesellschaft befinden. Was [...] die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit Dr. Adenauer bei der Verwirklichung einer europäischen politischen Union angehe, so sei er mehr als skeptisch.“ Gespräch zwischen Erhard und McChesney, 13. 7. 1964, in: Ebenda, Dok. 195, S. 815.

¹²⁸ Vgl. Osterheld, Außenpolitik, S. 99 f.; Franz Josef Strauß, Die Erinnerungen, Berlin 1989, S. 432 f. u. S. 319; Hentschel, Ludwig Erhard S. 704; Loth, Franco-German relations, in: Deighton/Milward (Hrsg.), Widening, Deepening and Acceleration, S. 41–53, hier S. 52. Strauß will im Frühjahr 1964 von Mitarbeitern des französischen Geheimdienstes erfahren haben, dass de Gaulle Erhard im Juli 1964 ein Angebot auf Nuklearkooperation unterbreiten wollte.

¹²⁹ Vgl. nach französischen Akten Bozo, Two Strategies, S. 116; Protokoll des Gesprächs Erhard-de Gaulle, 4. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 187, S. 775.

¹³⁰ Geheimprotokoll von Carstens über Gespräche mit Couve de Murville und de Gaulle, 4. 7. 1964, in: Ebenda, Dok. 186, S. 768.

¹³¹ Vgl. Aufzeichnung von Carstens, 27. 7. 1964, in: Ebenda, Dok. 210, S. 885.

¹³² Geheimprotokoll von Carstens über Gespräche mit Couve de Murville und de Gaulle, 4. 7. 1964, in: Ebenda, Dok. 186, S. 768.

macht öffentlich mehrfach von der Bildung einer europäischen Autorität abhängig gemacht hatte, konnte dies kein ernsthaftes Angebot auf eine Nuklearkooperation sein¹³³. Dies war auch Erhards Eindruck. In einer Besprechung am 4. Juli hatte Erhard den französischen Staatspräsidenten gefragt, ob die *Force de frappe* jemals Grundlage einer europäischen Atomstreitmacht werden könne. De Gaulle wich einer Antwort aus mit dem Hinweis, dass es in Europa noch keine echte europäische Regierung gäbe, und es solange eben auch nur französische und britische, aber keine europäischen Atomwaffen geben könne. An dem Punkt, „wo Europa politisch und militärisch ausreichend organisiert sein werde“, sei man noch nicht angelangt, und dieser Zeitpunkt schien nach de Gaulles Ausführungen auch noch in weiter Ferne zu liegen¹³⁴. Hätte es mit de Gaulle je eine europäische Autorität geben können? Erhard hatte den Eindruck, die Deutschen könnten angesichts der Politik de Gaulles nur zwischen einer Abhängigkeit von den USA und einer Abhängigkeit von Frankreich wählen. Den Hinweis auf die Möglichkeit, dass die Bildung einer europäischen Regierung auch eine europäische *Force de frappe* nach sich ziehen könnte, fasste Erhard als Täuschungsmanöver auf, da de Gaulle ja gegen die Bildung einer europäischen Regierung sei. Somit gäbe es „auch nie eine europäische *Force de frappe*“¹³⁵.

Welchen Vorschlag de Gaulle auch immer unterbreitet hat, er wurde nicht diplomatisch vorbereitet oder näher ausgeführt. Am 10. Juli fragte die Bundesregierung in Paris an, ob Deutschen das Studium der Auswirkungen von Atomexplosionen und der Besuch von Atomtests möglich wäre. De Gaulle verneinte dies¹³⁶. Seinem Informationsminister Peyrefitte vertraute er an, dass eine Nuklearkooperation mit Deutschland nicht in Frage kam: „Eine gemeinsame Nuklearstreitmacht [...] ist das, was Amerika am meisten fürchtet und Deutschland am meisten wünscht. Es ist das, was Strauß fordert, Gleichrangigkeit mit Frankreich. Aber da verlangt er zuviel. Wir können Deutschland bis auf weiteres weder den Zugriff auf die amerikanische Atomwaffe noch auf die unsere gewähren.“¹³⁷ Von einem einmaligen Angebot konnte also keine Rede sein¹³⁸. Wenn dennoch Gerüchte an die amerikanische Presse gelangten, wonach Erhard ein großzügiges Angebot ausgeschlagen hätte¹³⁹,

¹³³ Vgl. ebenda.

¹³⁴ Protokoll des Gesprächs Erhard–de Gaulle, 4. 7. 1964, in: Ebenda, Dok. 187, S. 775.

¹³⁵ Protokoll des Gesprächs zwischen Erhard und McGhee, 6. 7. 1964, in: Ebenda, Dok. 189, S. 791 f. Ähnlich Erhard in einem späteren Gespräch mit McGhee, 3. 11. 1964, in: Ebenda, Dok. 302, S. 1219; siehe auch die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens, 17. 11. 1964, in: Ebenda, Dok. 343, S. 1343.

¹³⁶ Vgl. Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 275.

¹³⁷ Peyrefitte, *C'était de Gaulle*, Vol. I, S. 461.

¹³⁸ Soutou schlussfolgert auf der Basis französischer Akten, dass es sich – zweifellos! – nur um ein Missverständnis, bzw. eine Wunschphantasie seitens der deutschen Gaullisten gehandelt hat. De Gaulle warb zwar um die deutsche Gefolgschaft, doch „elle n'impliquait aucune participation allemande aux armes proprement dites“. „En fait le Général avait seulement dit, de façon elliptique, que, si les Allemands marchait avec les Français, ils serait davantage associés à la dissuasion française qu'ils ne le seraient jamais à l'américaine.“ Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 275.

¹³⁹ Vgl. Artikel des Bonner Korrespondenten, *Bonn Rebuffs de Gaulle on Atomic Partnership*, in: *New York Times* vom 25. 7. 1964; Hentschel, Ludwig Erhard, S. 704.

mussten sie von Personen lanciert worden sein, die Erhard schaden wollten. Davon gab es genug¹⁴⁰. Die französische Regierung forderte umgehend ein Dementi¹⁴¹.

Erhard wollte noch nicht „völlig [...] resignieren“¹⁴², doch Schröder sprach nach dem Gipfel von großer „Verwirrung“ im deutsch-französischen Verhältnis. „Die Franzosen sagten, man solle keine amerikanische Außenpolitik, sondern eine europäische Außenpolitik führen. Das heiße aber, man solle ihre französische Außenpolitik unterstützen.“¹⁴³ Wie zur Bestätigung wurde der deutsche Vorschlag auf Einrichtung einer deutsch-französischen Arbeitsgruppe zur politischen Union von de Gaulle öffentlich desavouiert. In einer Pressekonferenz am 23. Juli nannte er den europäischen Einigungsprozess „ein hinterlistiges Unternehmen“: „Die Politik ist ein Kampf. Fähig, ihn verantwortlich zu führen, können allein die Regierungen der Staaten sein.“ Unbestimmten Regierenden, die sich zu Europaern erklärten, warf er Hintergedanken vor¹⁴⁴.

Das Auswärtige Amt überprüfte daraufhin die westdeutsche Frankreichpolitik. Die Staatssekretäre Carstens und Lahr resümierten¹⁴⁵, dass kein ernst zu nehmendes französisches Angebot für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit etwa im Hinblick auf die *Force de frappe* vorlag, und dass de Gaulle auf deutsche Interessen keine Rücksicht nehme, wenn diese mal nicht mit seinen übereinstimmten. Vor allem aber könne Deutschland „die Methoden der de Gaulleschen Politik nicht übernehmen“. Wenn Deutschland, wie de Gaulle es vorschlage, gegenüber den vier übrigen EWG-Mitgliedern Druck ausübe, dann würden „in diesen Ländern die antideutschen Ressentiments mit voller Schärfe wieder aufleben“, und sie würden den Schutz der USA suchen. Die Bundesrepublik könne den französischen Vorschlägen auf keinen Fall folgen¹⁴⁶. Der Kern des Problems, das deutsche Streben nach nuklearer Mitverantwortung, das ja tatsächlich hinter dem Plan einer politischen Union stand, wurde jedoch nicht überdacht. Die Bundesregierung hielt an

¹⁴⁰ Wer die Berichte lanciert hat, wurde nie bekannt. Erhard hatte dem US-Botschafter bereits mitgeteilt, dass de Gaulle Deutschland keine Nuklearkooperation angeboten hatte, kommt also als Informant nicht in Frage. Vgl. Protokoll des Gesprächs zwischen Erhard und Botschafter McGhee, 6. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 189, S. 791 f.; Hentschel, Ludwig Erhard, S. 697 ff., weist Erhard die Schuld zu. Es war Adenauer, der – mit Unterstützung von Strauß – den Bundeskanzler im Präsidium der CDU attackierte und behauptete, Erhard habe de Gaulle brüskiert und eine einmalige Chance ausgeschlagen.

¹⁴¹ Vgl. ebenda, S. 704.

¹⁴² Protokoll des Gesprächs zwischen Erhard und Botschafter McGhee, 6. 7. 1964, in: Ebenda, Dok. 189, S. 791 f., Zitat S. 793.

¹⁴³ Protokoll des Gesprächs des Bundesministers Schröder mit US-Botschafter McGhee, 14. 7. 1964, in: Ebenda, Dok. 196, S. 819.

¹⁴⁴ „[L]es arrière-pensées tenaces ne s'effacent pas aisément“, Text der Pressekonferenz in: *L'année politique 1964*, S. 430–435, hier S. 432. Die französische Regierung blockierte kurz darauf eine von den fünf anderen EWG-Mitgliedern erneut geforderte Ausweitung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments. Botschafter Harkort (Brüssel/EWG, EAG) an Auswärtiges Amt, 31. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 216, S. 912.

¹⁴⁵ Aufzeichnung Carstens, 27. 7. 1964, in: Ebenda, Dok. 210, S. 884–893, Zitate S. 889.

¹⁴⁶ Selbst Blankenhorn, der langjährige Vertrauensmann Adenauers, Botschafter in Rom und zuvor Botschafter in Paris, stimmte der Analyse des AA zu. Blankenhorn (Rom) an Carstens, 24. 9. 1964, in: Ebenda, Dok. 257, S. 1066 f.

der MLF verbissen fest, da nun deutlich geworden war, dass de Gaulle aus der NATO austreten und damit das westliche Bündnis unterminieren wollte¹⁴⁷.

VIII. Die deutsche Europainitiative und das Ringen um die Nuklearteilhabe

Die deutschen „Gaulisten“ nahmen – in Verkennung der Realitäten – weiterhin an, die Bundesrepublik könne mit Frankreich in der Nuklearverteidigung kooperieren, Erhard habe ein großzügiges Angebot ausgeschlagen. Während die französische Regierung nicht einmal auf die Vorschläge zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe für eine politische Union eingegangen war, drängten die deutschen „Gaulisten“ bereits auf inhaltliche Vorschläge für eine politische Union¹⁴⁸. Doch de Gaulle strebte gar keine Europäische Politische Union mehr an. Er wollte eine deutsche Nuklearbeteiligung um jeden Preis vermeiden und lehnte die Union ab, weil sie ein Vehikel für die deutsche Nuklearbeteiligung zu werden drohte. Lediglich die Frage, ob der Widerstand de Gaulles sich nur gegen die amerikanische Hegemonie in einer MLF oder vielmehr grundsätzlich gegen jede nukleare Mitsprache der Bundesrepublik richtete, war der Bundesregierung noch nicht klar geworden. Nach realistischer Einschätzung von Ludger Westrick war im Hinblick auf die politische Union – sprich europäische Nuklearbeteiligung – „kein Vorschlag denkbar, der einerseits de Gaulle gefalle, andererseits den lebenswichtigen Interessen Deutschlands Rechnung trage“¹⁴⁹. Doch Birrenbach bedrängte Schröder am 8. Juli, dass die Bundesregierung nun mit ihrer Europainitiative ernst machen müsse und sich dabei an der Resolution des Monnet-Komitees orientieren solle¹⁵⁰. Offenbar sollte die Europäisierungsklausel im MLF-Vertrag die Franzosen davon überzeugen, dass die MLF doch eine gute Sache und der erste Schritt zu einer europäischen Atomstreitmacht sei. Durch die Europainitiative solle die europäische Gesinnung der Bundesregierung untermauert und der europäische Pfeiler für die europäische Atomstreitmacht vorbereitet werden. Birrenbach versuchte, die deutschen „Atlantiker“ und „Gaulisten“ zusammenzuführen, schätzte aber die Position der französischen Regierung offenbar falsch ein.

¹⁴⁷ „Es sei nicht die Absicht der Bundesregierung“, so Schröder, „von ihrer bisherigen Linie abzugehen, was insbesondere für Verteidigungsfragen gelte. Die Franzosen hätten deutlich zu erkennen gegeben, zumindest de Gaulle, daß sie keine integrierte NATO wollten, im Gegenteil, sie versuchten, sich aus der Integration zurückzuziehen. Außerdem seien sie nicht für die MLF.“ Gespräch des Bundesministers Schröder mit US-Botschafter McGhee, 14. 7. 1964, in: Ebenda, Dok. 196, S. 819.

¹⁴⁸ Adenauers Drängen kam u. a. in einer Rede vor dem Industrieklub und dem deutsch-französischen Kreis am 23. 6. 1964 zum Ausdruck; vgl. Konrad Adenauer, Reden 1917–1967. Eine Auswahl, hrsg. von Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1975, S. 459–470. Eine gekürzte Fassung in: Rheinischer Merkur vom 3. 7. 1964, S. 4.

¹⁴⁹ Westrick im Gespräch Erhard–McGhee, 13. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 195, S. 814.

¹⁵⁰ Vgl. Hinrichsen, Der Ratgeber, S. 214. Hinrichsen verweist dort auf ein Kohnstamm-Tagebuch, doch es muss sich richtigerweise um das Krone-Tagebuch handeln, Eintrag vom 8. 7. 1964, in: ACDP, I-028-068/5, NL Krone.

Ende Juli setzte das Auswärtige Amt ohne Frankreich einen Arbeitsausschuss für die politische Union ein, der deutsche Ambitionen verwirklichen und de Gaulles Widerstand entkräften sollte¹⁵¹. Das Auswärtige Amt hoffte auf „geduldige [...] Anstrengungen beider Seiten, um die Standpunkte [...] anzunähern“, vor allen Dingen im „NATO-Bereich, für die MLF“¹⁵². In diesem Sinne riet Birrenbach der Bundesregierung im September dazu, die Europainitiative zu einer Generalvereinbarung der Probleme mit Frankreich zu nutzen, was Erhard dem Auswärtigen Amt zu berücksichtigen empfahl¹⁵³. Um der Kritik der deutschen „Gaullisten“ und der französischen Regierung zu begegnen, setzte sich die Bundesregierung in den MLF-Gesprächen mit den USA für die Europäisierungsklausel ein, derzufolge die USA auf ihr Vetorecht verzichten sollten, sobald sich eine Europäische Politische Union gebildet hätte, mit der die Europäer selbst die alleinige kollektive Verantwortung für die multilaterale Atomstreitmacht übernehmen könnten. Die deutschen Vorschläge für eine EPU sollten laut Schröder Elemente des „Fouchet-Plans und des Monnet-Plans“ enthalten¹⁵⁴. Die MLF sollte also, wie von Monnet und dem Aktionskomitee gefordert, eine Vorstufe zur europäischen Atomstreitmacht darstellen, die Europainitiative die Grundlage für den europäischen Pfeiler legen. Aus Schröders Perspektive mussten die Bestrebungen auf nukleare Mitbestimmung im multilateralen Rahmen außerdem im Hinblick auf den innenpolitischen Druck der Gaullisten durch eine Europainitiative flankiert werden. Scheiterte diese an der Ablehnung de Gaulles, so könnte die Bundesregierung getrost ihren US-freundlichen Kurs fortsetzen und die MLF ohne bzw. gegen Frankreich realisieren¹⁵⁵. Der selten ausgesprochene Zusammenhang zwischen EPU und MLF war nur einem kleinen Kreis der politischen Elite klar, geht aber auch aus Erhards Zeitplan hervor¹⁵⁶. „[W]er immer sich zu einer euro-

¹⁵¹ Vgl. deutsch-niederländische Regierungsbesprechungen, 30. 9./1. 10. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 266, S. 1091, Anm. 6. Monnet unterstützte die deutschen Bemühungen und reiste Ende Juli in die USA zu Gesprächen über die MLF. Er berichtete, er habe überall beobachten können, dass die eindeutige Position des Monnet-Komitees zugunsten der transatlantischen Partnerschaft und der MLF auf Zustimmung stieß. Fortschritte erwartete er nach den Präsidentschaftswahlen im November. Monnet an Birrenbach, 30. 7. 1964, in: ACDP, I-433-050/2, NL Birrenbach.

¹⁵² Aufzeichnung Carstens vom 10. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 193, S. 804.

¹⁵³ Vgl. Hinrichsen, *Der Ratgeber*, S. 218 u. S. 220 f.

¹⁵⁴ „Das bringe nun möglicherweise die Bundesregierung dazu, tatsächlich solche Vorschläge einzubringen, sei es öffentlich, sei es den Franzosen gegenüber, die dann ein Gemisch aus Elementen des Fouchet- und des Monnet-Planes seien, ohne dass er sich davon große Aussichten auf Fortschritte erhoffe.“ Gespräch Schröder-McGhee, 14. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 196, S. 819.

¹⁵⁵ Erhard und Schröder befürchteten andererseits, dass die Gaullisten die Forderungen nach politischer Union nur erheben würden, um nach deren Scheitern umso nachdrücklicher ein deutsch-französisches Zusammengehen zu erzwingen. Siehe Gespräch Erhards mit McGhee, geheim, 13. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 195, S. 814; Schröder-McGhee, 14. 7. 1964, in: Ebenda, Dok. 196, S. 819 f.

¹⁵⁶ Erhard wünschte sich eine europäische Außenministerkonferenz über die EPU noch vor den US-Wahlen im November 1964 – rechtzeitig vor der mit US-Präsident Johnson anvisierten Verwirklichung der MLF bis zum Jahresende. Gespräch Erhard-US-Botschafter McGhee, geheim, 13. 7. 1964, in: Ebenda, Dok. 195, S. 812, und Gespräch Schröder-McGhee, 14. 7.

päischen politischen Union zusammenschließen“, so Erhard, „könne über Fragen der Verteidigung und Außenpolitik nicht sprechen, solange man nicht wisse, wie es um die NATO, um die MLF und andere entscheidende Fragen stehe“¹⁵⁷.

Am 25. September stimmte das Bundeskabinett einem vom Auswärtigen Amt erarbeiteten Plan für eine Europäische Politische Union zu¹⁵⁸. Anschließend reiste Carstens nach Paris, um Außenminister Couve de Murville für die deutschen Vorstellungen zu erwärmen¹⁵⁹. Angesichts der bekannten Pariser Vorbehalte gegen supranationale Tendenzen siedelte die Bundesregierung ihren Vorschlag zunächst lediglich im Bereich der politischen Konsultation und Zusammenarbeit an, schlug jedoch vor, einer einzuberufenden Regierungskonferenz für die politische Union ein beratendes Organ beizugeben, das die zweite, supranationale Phase der Union vorbereiten sollte¹⁶⁰. Denn wie schon der Monnet-Plan dargelegt hatte, konnte eine europäische Atomstreitmacht nur auf supranationaler Grundlage funktionieren. Die regelmäßigen Konsultationen im Rahmen der politischen Union sollten allmählich ein Einvernehmen in der Außen- und Verteidigungspolitik herstellen¹⁶¹. Carstens versuchte Couve de Murville zu bewegen, sich an der MLF als Vorstufe einer europäischen Atomstreitmacht zu beteiligen oder sie wenigstens zu dulden. Dabei wies er auf die deutschen Bemühungen um die Europäisierungsklausel im MLF-Abkommen hin¹⁶², die nach Schaffung einer politischen Union eine größere Unabhängigkeit der Europäer gegenüber den USA erlauben würde¹⁶³. Die Europäisierungsklausel sollte die MLF „mit dem Projekt einer europäischen politischen Union in Einklang [...] bringen“¹⁶⁴. Durch eine gleichzeitige Entwicklung von europäischer politischer Zusammenarbeit und MLF könne Europas Unabhängigkeit allmählich gestärkt werden.

Couve de Murville wies die deutschen Vorstellungen schroff zurück, „die deutschen Illusionen und Realitäten seien zwei verschiedene Dinge“¹⁶⁵. Er erklärte, eine unabhängige europäische Atomstreitmacht werde es nicht geben, eine MLF

1964, in: Ebenda, Dok. 196, S. 819 f. Auch Barzel forderte, die bevorstehende Europa-Initiative sollte sich an der Resolution des Monnet-Komitees orientieren. Vgl. Rainer Barzel, Europa kann nicht warten, in: Deutsches Monatsblatt, August 1964.

¹⁵⁷ Gespräch Erhard-McGhee, 13. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II., Dok. 195, S. 812, unter Bezug auf die Grundsatzrede Erhards zur Europapolitik auf dem CSU-Parteitag, 10.–12. 7. 1964, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesrepublik Deutschland 1964, S. 1061–1067.

¹⁵⁸ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. 9. 1964; Süddeutsche Zeitung vom 26. 9. 1964.

¹⁵⁹ Gespräch Carstens mit Couve de Murville in Paris, 24. 10. 1964, in: AAPD, 1964, Bd. II, Dok. 297, S. 1189.

¹⁶⁰ Vgl. ebenda.

¹⁶¹ Vgl. Botschafter Klaiber, Paris, an AA, 4. 11. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 311, S. 1234 f.

¹⁶² Siehe Aufzeichnung des Botschafters bei der NATO, Grewe, 13. 11. 1964, in: Ebenda, Dok. 330, S. 1291 f.; außerdem diverse Dokumente zu den Verhandlungen im November 1964 in: AAPD 1964, Bd. II, insb. S. 1306, S. 1323 f., S. 1331 f., S. 1343, S. 1389, S. 1393, S. 1450 u. S. 1552.

¹⁶³ Vgl. Gespräch Carstens mit Couve de Murville, 24. 10. 1964, in: Ebenda, Dok. 297, S. 1187 ff.

¹⁶⁴ Aufzeichnung Carstens über Gespräch mit Maurice Schumann, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der französischen Nationalversammlung, 17. 11. 1964, in: Ebenda, Dok. 343, S. 1343.

¹⁶⁵ Carstens-Couve de Murville, 24. 10. 1964, in: Ebenda, Dok. 297, S. 1189.

vollständig von den USA abhängig sein. Das von den Deutschen im Rahmen einer EPU anvisierte Gemeinschaftsorgan kam für Frankreich nicht in Frage, denn eine „Verbeugung vor der ‚Supranationalität‘“ werde Frankreich nicht mitmachen¹⁶⁶. Auch als die Frage der britischen Teilnahme an einer politischen Union durch den Wahlsieg der europaskeptischen Labour-Partei am 15. Oktober als Streitpunkt zwischen den Sechs wegfiel¹⁶⁷, änderte sich nichts an der französischen Haltung. Im Gegenteil, bereits Ende Oktober berichtete Botschaftsrat Sahm aus Paris von Pressemeldungen, nach denen „französische Diplomaten auf Weisung von de Gaulle“ aufgefordert worden seien, die These zu verbreiten, „die MLF sei unvereinbar mit weiteren europäischen Einigungsbestrebungen“¹⁶⁸. Kurz darauf ließ der sowjetische Botschafter Andrej Smirnow Carstens wissen, dass die Sowjetunion eine „Normalisierung“ der Beziehungen zur Bundesrepublik wünsche, eine Beteiligung Deutschlands an einer MLF jedoch die Gegensätze in der Deutschlandfrage verschlimmern würde¹⁶⁹. Alarmiert reagierte die Bundesregierung schließlich auf einen Vorschlag der neuen britischen Regierung für eine Atlantic Nuclear Force (ANF), deren Grundgedanke die Special Relationship und eine Führungsrolle der angelsächsischen Mächte war. Die ANF desavouierte praktisch die MLF und sollte Nichtnuklearmächte wie die Bundesrepublik diskriminieren. Die britische Regierung wollte außerdem eine Europäisierungsklausel im Rahmen der MLF verhindern, d. h. das US-Vetorecht sollte unwiderruflich vertraglich verankert sein¹⁷⁰.

Als die lang angekündigte Initiative der Bundesregierung für eine politische Union mit Aufgaben in der Außen- und Verteidigungspolitik und dem erklärten Ziel einer Stärkung der transatlantischen Allianz anfang November an die Partner in Europa versandt wurde¹⁷¹, waren die Widerstände gegen die MLF und eine Nuklearteilnahme der Bundesrepublik bereits massiv angewachsen. Nun zog Paris alle Register, vom Zuckerbrot bis zur Sabotage¹⁷², um eine bundesdeut-

¹⁶⁶ Ebenda.

¹⁶⁷ Vgl. Gespräch des Bundesaußenministers Schröder mit dem britischen Außenminister Gordon Walker, 15. 11. 1964, in: Ebenda, Dok. 335, S. 1314.

¹⁶⁸ Vgl. Gespräch Erhard–McGhee, 3. 11. 1964, in: Ebenda, Dok. 307, S. 1219, Anm. 10. Von Seiten der Deutschen Botschaft in Washington wurden französische Aktivitäten gegen die MLF am 2. 11. im Detail bestätigt.

¹⁶⁹ Carstens bot an, in den MLF-Vertrag eine Opt-out-Klausel für den Fall einer Wiedervereinigung einzubauen. Ein vereinigtes Deutschland könne dann aus der MLF austreten. Smirnow ging auf dieses Angebot nicht ein. Aufzeichnung Carstens, 2. 11. 1964, in: Ebenda, Dok. 304, S. 1211.

¹⁷⁰ Vgl. Carstens an Botschafter Blankenhorn (Rom), 2. 11. 1964, in: Ebenda, Dok. 305, S. 1213 f.; Gespräch des Bundesministers Schröder mit Premierminister Wilson, 11. 12. 1964, in: Ebenda, Dok. 383, S. 1510 f. Vgl. zum ANF-Vorschlag Schrafstetter, Die dritte Atommacht, S. 119–128. Zu außereuropäischen Nuklearproblemen Großbritanniens siehe Susanna Schrafstetter, Preventing the „Smiling Buddha“: British-Indian Relations and the Commonwealth Nuclear Force, 1964–1968, in: *Journal of Strategic Studies* 25/3 (2002), S. 87–108.

¹⁷¹ Botschafter Kläiber, Paris, an AA, 4. 11. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 311; vgl. auch Europa-Archiv 1964, D 608–617.

¹⁷² De Gaulle, so Erhard, „drohe [...] damit, sich aus der EWG zurückzuziehen, sabotiere die MLF und versuche offensichtlich, die Beziehungen mit Moskaus enger zu gestalten“. Gespräch

sche Nuklearbeteiligung zu verhindern. Zur Unterstützung der Europainitiative reiste Altbundeskanzler Adenauer im Auftrag Erhards nach Paris, um de Gaulle Agrarkonzessionen in Aussicht zu stellen und zu fragen, wie Paris zur MLF stehe und ob alternativ eine nukleare Mitbestimmung an der *Force de frappe* möglich sei¹⁷³. De Gaulle versuchte zunächst, Adenauer die MLF auszureden, sie mache „einen sehr schlechten Effekt“ in Osteuropa, brächte aber keine sicherheitspolitischen Vorteile, da die USA wiederum die Einsatzgewalt in ihren Händen behalten würden¹⁷⁴. Außerdem lenke „die MLF die Europäer und insbesondere die Deutschen von der europäischen Organisation Europas und seiner Verteidigung ab“¹⁷⁵. Gleichzeitig aktivierte de Gaulle seine Lock- und Verzögerungstaktik und stellte in Aussicht, dass die *Force de frappe*, sobald Europa eine „wirkliche politische Organisation“ geschaffen hätte, „die eine kollektive Verantwortung trage und kollektiv Politik und Verteidigungspolitik betreibe [...] zu einem Teil der Verteidigung Europas werde und unumgänglich für die Verteidigung Europas, das heißt an erster Stelle natürlich [...] Deutschlands eingesetzt werde“¹⁷⁶. Dies war das Zuckerbrot einer Nukleargarantie unter der Bedingung, dass die Bundesrepublik auf die MLF und die enge Partnerschaft mit den USA verzichte – das meinte die Bundesregierung aus sicherheitspolitischen Gründen nicht zu können – und falls eine europäische politische Organisation nach französischen Vorstellungen errichtet sei. Die Frage der nuklearen Mitverantwortung beantwortete de Gaulle nur indirekt, indem er der Bundesregierung zum Verzicht auf eine westdeutsche Atomstreitmacht riet¹⁷⁷. Verteidigungsminister Pierre Messmer wurde in einem Gespräch mit dem Bundesminister für besondere Aufgaben und Vorsitzenden des Bundesverteidigungsrates Heinrich Krone nicht deutlicher. Die MLF wies er zurück. Gegen eine europäische Atomstreitmacht wollte er sich nicht äußern, machte jedoch eine „europäische politische Autorität“ zu ihrer Voraussetzung, „die noch nicht bestehe und deren Schaffung noch eine längere Entwicklung voraussetze“¹⁷⁸. Damit wurde die Schaffung einer europäischen Atomstreitmacht zwar nicht ausgeschlossen, aber in unbestimmte Ferne gerückt. Die französische Regierung verfolgte letzten Endes eine Hinhaltenaktik. Wie weitere deutsche Sondierungen ergaben, existierten in Paris keine Planungen für eine Nuklearbeteiligung anderer Staaten¹⁷⁹. Carstens bemängelte, Paris habe nicht

Erhard–McGhee, 3. 11. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 307, S. 1224, dort als Belege für diese Auffassungen die Anm. 42 u. 43.

¹⁷³ Gespräch zwischen Adenauer und de Gaulle, 9. 11. 1964, in: Ebenda, Dok. 318, S. 1256 ff., hier S. 1260.

¹⁷⁴ Ebenda, S. 1259.

¹⁷⁵ Ebenda, S. 1260.

¹⁷⁶ Ebenda, S. 1261.

¹⁷⁷ De Gaulle unterstrich, dass die Bundesrepublik keiner französischen Hilfe zum Bau einer westdeutschen Atombombe bedürfe. Er halte die Entscheidung der Bundesrepublik, keine Atombombe zu bauen, für richtig. Seine Ausführungen blieben widersprüchlich und vage. Vgl. ebenda.

¹⁷⁸ Krone (Paris) an Erhard, 9. 11. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 319, S. 1262 ff., Zitat S. 1264.

¹⁷⁹ Botschafter Klaiber, Paris, an das AA, 25. 11. 1964, in: Ebenda, Dok. 359, S. 1397 f.

einen einzigen „konstruktiven Vorschlag“ vorgelegt¹⁸⁰. Warum die MLF Europa keinen wirklichen Schutz bieten könne, sondern vielmehr Europa zur Zielscheibe mache, die französische *Force de frappe* aber doch Europa schütze, versäumte die französische Regierung zu erklären¹⁸¹. Entsprechend erschien die französische Europarethorik dem Auswärtigen Amt als Vernebelungstaktik. Das war sie auch. Die französische Regierung wollte ihre nationale Verfügungsgewalt über eine unabhängige Abschreckungsmacht nicht aufgeben, auch nicht unter einer so genannten politischen Union. Sie lehnte eine deutsche Nuklearbeteiligung schlicht ab. Einem hochrangigen italienischen Diplomaten gegenüber vertraute Couve de Murville an, dass Italien sich durchaus eine nationale Atomwaffe verschaffen möge; „[a]usgeschlossen sei jedoch, daß man atomare Waffen in die Hände der Deutschen gebe, denn man könne nie wissen, ob diese in Zukunft nicht einmal ihre territorialen Ansprüche mit Gewalt zu lösen versuchten. Man müsse auf der Hut sein.“¹⁸² Wenn die multilaterale Atomstreitmacht ins Leben träte, so der Franzose, bestünde nur wenig Aussicht auf eine Europäische Politische Union. Gegenüber Ball verwarf Couve de Murville die in den MLF-Verhandlungen ausgehandelte Europa-Klausel als unbefriedigend, da sie keine „Abtretung der Streitmacht an die Europäer“, sondern nur eine allgemeine Revisionsmöglichkeit vorsehe¹⁸³. Da Ball ihm versicherte, dass die USA ihr Vetorecht bei einer MLF nicht aufgeben würden¹⁸⁴, war eine französische Beteiligung ohnehin ausgeschlossen.

Verzögert wurde der Beginn von Gesprächen über eine politische Union von der französischen Regierung, indem sie ihn scheinbar von deutschen Konzessionen in der Agrarpolitik abhängig machte. Als Erhard im Hinblick auf die Getreidepreise nachgab, folgte sofort die nächste Bedingung, eine Einigung über die Finanzierung der EWG-Agrarsubventionen¹⁸⁵. Dabei ist es interessant, dass Regierungsdokumente von Agrarkonzessionen für die EPU sprechen, eine Aufzeichnung Birrenbachs dagegen einen Zusammenhang zwischen Agrarkonzessionen und MLF herstellt¹⁸⁶. Agrarkonzessionen und Nuklearwaffen waren freilich keine

¹⁸⁰ Drahterlass Carstens, geheim, an Schröder, Botschafter Klaiber (Paris), Botschafter Grewe (NATO) und Botschafter von Etzdorf (London), 22. 11. 1964, in: Ebenda, Dok. 351, S. 1372.

¹⁸¹ Botschafter Klaiber, Paris, an das AA, 25. 11. 1964, in: Ebenda, Dok. 359, S. 1397 f.

¹⁸² Gespräch zwischen Schröder und Saragat, 8. 12. 1964, in: Ebenda, Dok. 375, S. 1452 f, insbesondere Anm. 9 (Zitat).

¹⁸³ Aufzeichnung Carstens, 5. 12. 1964, über ein Gespräch zwischen Couve de Murville und George Ball, in: Ebenda, Dok. 374, S. 1449 f. Vgl. Aufzeichnung von Hartlieb, 21. 12. 1964, in: Ebenda, Dok. 393, S. 1552.

¹⁸⁴ Aufzeichnung Carstens, 5. 12. 1964, über ein Gespräch zwischen Couve de Murville und George Ball, in: Ebenda, Dok. 374, S. 1449 f.

¹⁸⁵ Gespräch Carstens mit Couve de Murville in Paris, 24. 10. 1964, in: Ebenda, Dok. 297, S. 1187 ff. Aufzeichnung Carstens 30. 10. 1964, Gespräch zwischen Adenauer und de Gaulle, 9. 11., Aufzeichnung Lahr, 13. 11., Schröder an Erhard, 19. 11., Drahterlass Carstens, 22. 11., Lahr an Schröder (Washington), 25. 11. 1964, alle in: Ebenda, Dok. 301, 318, 329 (insbesondere Anm. 9), 347, 351 u. 358.

¹⁸⁶ In einer Aufzeichnung Birrenbachs heißt es, „Deutsch-französisches Verhältnis Mitte der sechziger Jahre in tiefer Krise. Bundesrepublik folgte amerikanischen, nicht französischen Vor-

gleichwertigen politischen Handlungsfelder. Da die deutsche Regierung weiterhin insistierte, Erhard sogar vor der Presse ankündigte, die MLF notfalls allein mit den USA zu verwirklichen, griff de Gaulle schließlich zu wohl dosierten Presionen: Der belgische Außenminister Paul-Henri Spaak zog nach einem Gespräch mit de Gaulle seine Unterstützung für die MLF Ende November zurück, da Frankreich ansonsten die Existenz der EG und der NATO gefährden würde¹⁸⁷. Da auch in London die Widerstände gegen die MLF wuchsen, wurde die MLF zu einer deutsch-italienisch-amerikanischen Angelegenheit¹⁸⁸. Vergeblich lancierte die italienische Regierung, die bis zum Schluss an der MLF festhielt¹⁸⁹, am 26. November 1964 einen Rettungsvorschlag, der die EPU für außenpolitische Konsultationen und die WEU für verteidigungspolitische Kooperation vorsah, doch vergeblich¹⁹⁰. Am 3. Dezember erklärte Premierminister Georges Pompidou vor der französischen Nationalversammlung, dass die Gründung einer europäischen Atomstreitmacht ausgeschlossen sei¹⁹¹.

Aufgrund der Gefährdung der Allianz und des massiven Drucks Frankreichs und der Sowjetunion entschied sich US-Präsident Johnson im Dezember schließlich, die MLF im Sande verlaufen zu lassen¹⁹². Damit war die MLF für die US-Regierung praktisch tot, und mit ihr jede europäische Atomstreitmacht. Lediglich in Bonn brauchte man noch etwas Zeit, um es zu begreifen. Erhard war sich längst dessen bewusst, dass er die deutsch-französische Freundschaft und die Existenz der EWG riskierte, wenn er gegen den Wunsch Frankreichs an der MLF festhielt¹⁹³. Doch er beschloss, die MLF zwar aus wahltaktischen Gründen aufzuschieben¹⁹⁴, aber prinzipiell an ihr festzuhalten, und verlagerte seine Hoffnungen zunächst auf einen Erfolg der Europainitiative vor der Bundestagswahl im Sommer. De Gaulle erhöhte den Druck auf die Bundesrepublik, indem er die Beziehungen zur Sowjetunion und zur DDR durch Kreditgewährungen verbesserte und durch Pressemitteilungen den Anschein erweckte, er akzeptiere die

stellungen von Verteidigungspolitik und hielt am Gedanken einer MLF fest. Um Spannungen nicht zu vertiefen, wollte Bundesrepublik Frankreich vor allem in der Agrarpolitik entgegenkommen.“ Undatierte „Aufzeichnung über die Fortentwicklung der europäischen Integration“, in: ACDP, I-433-050/2, NL Birrenbach.

¹⁸⁷ Wiedergabe der Position Spaaks im Gespräch zwischen Schröder und Gordon Walker, 11. 12. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 381, S. 1495, Anm. 13 u. 14, sowie S. 1496.

¹⁸⁸ Vgl. Runderlass Carstens, 25. 11. 1964, geheim, in: Ebenda, Dok. 357, S. 1393 f.

¹⁸⁹ Die italienische Regierung sah in der „französischen Force de frappe ein Element der Desintegration, in der MLF jedoch ein Mittel zur Verstärkung der Allianz“ und wandte sich gegen ein englisches Vetorecht gegen die MLF. Gespräch Schröders mit Saragat in Rom, 8. 12. 1964, in: Ebenda, Dok. 375, S. 1453.

¹⁹⁰ Aufzeichnung von Ministerialdirektor Jansen, 3. 12. 1964, in: Ebenda, Dok. 368, insbesondere S. 1428 f.; Gespräch Schröders mit Saragat in Rom, 8. 12. 1964, in: Ebenda, Dok. 375, S. 1451 ff.

¹⁹¹ Vgl. Archiv der Gegenwart 34 (1964), S. 11565.

¹⁹² Vgl. Bozo, Two Strategies, S. 157; Gespräch zwischen Erhard und Smirnow, 14. 12. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 386, S. 1518 f.

¹⁹³ Ausführungen Erhards gegenüber McGhee, 11. 12. 1964, geheim, in: Ebenda, Dok. 380, S. 1490 f.

¹⁹⁴ Vgl. Hoppe, Zwischen Teilhabe und Mitsprache, S. 245–249.

sowjetische Zwei-Staaten-Theorie; damit wurde die deutschlandpolitische Position der Bundesregierung untergraben. Bei den deutsch-französischen Konsultationen im Februar 1965 versuchte Erhard, die Wogen zu glätten, ohne von seinen Positionen abzuweichen. Bis März einigte sich Außenminister Schröder mit den vier übrigen EWG-Partnern weitgehend über die Aufnahme von Vorgesprächen für die EPU, und die italienische Regierung lud zu diesem Zweck zu einer Konferenz der Außenminister nach Venedig ein.

Doch am 9. März eröffnete de Gaulle dem niederländischen Botschafter in Paris, Baron Adolphe Bentinck, dass die vorliegenden EPU-Vorschläge aufgrund des weiterhin fortbestehenden Dissens im Bereich der Verteidigung scheitern müssten. Gleichzeitig drohte er mit einem Ende der EWG¹⁹⁵. Nicht nur das Vertrauensverhältnis zwischen Bonn und Paris war hochgradig gestört; die nukleare Frage hatte auch längst die Sechsergemeinschaft untergraben. Der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko und Couve de Murville übten Schulterchluss und bekräftigten im April 1965 in Paris in einem gemeinsamen Kommuniqué die Auffassung, dass der Verzicht Deutschlands auf eine atomare Verfügungsgewalt endgültig sein müsse¹⁹⁶.

Wenn Bundesverteidigungsminister von Hassel auf einer NATO-Ratstagung im Juni dennoch zu verstehen gab, dass die Bundesregierung die MLF nach den Wahlen weiterverfolgen wolle, handelte es sich aus französischer Sicht um eine Provokation¹⁹⁷. Damit bildete die Nuklearpolitik der Bundesrepublik auch einen wichtigen Hintergrund für die im Juli 1965 von Frankreich ausgelöste Krise des „leeren Stuhls“, in der Frankreich sieben Monate lang die Leitungsgremien der europäischen Gemeinschaften boykottierte¹⁹⁸. Frankreich bedrohte nun tatsächlich die Existenz der EWG, und damit die Grundlage der westdeutschen Wirtschaftsmacht und erhöhte so abermals den Druck auf Bonn.

US-Präsident Johnson wollte eine Eskalation der Spannungen im Bündnis vermeiden¹⁹⁹. Nachdem Birrenbach im Herbst 1965 im Auftrag des Bundeskanzlers erneut wegen der MLF nach Washington gereist war, wurden die Bundesrepublik und Italien im Dezember 1965 mit einem Nuklearausschuss im Rahmen der NATO abgefunden, was Deutschlands Stellung in der NATO ein wenig stärkte,

¹⁹⁵ Maurice Vaisse, *La politique européenne de la France en 1965: pourquoi la «chaise vide»?.* in: Loth (Hrsg.), *Crises and Compromises*, S. 193–214, hier S. 198.

¹⁹⁶ Klaiber, Paris, an das AA, 27. 4. 1965, in: AAPD 1965, Bd. I, bearb. von Mechthild Lindemann und Ilse Dorothee Pautsch, München 1996, Dok. 191, S. 763–765.

¹⁹⁷ Vgl. Hoppe, *Zwischen Teilhabe und Mitsprache*, S. 249.

¹⁹⁸ Frankreich begründete den Boykott der Gemeinschaftsinstitutionen offiziell mit dem Dissens über die Agrarfinanzierung und die Finanzkompetenz des Parlaments, verlangte dann eine Einschränkung des Mehrheitsprinzips bei Fragen von vitalem Interesse und forderte schließlich sogar eine Änderung der Römischen Verträge. Vgl. zur Reaktion der Fünf Anjo G. Harryvan/Jan van der Harst, *For Once a United Front. The Netherlands and the „Empty Chair“ Crisis of the Mid-1960s*, in: Loth (Hrsg.), *Crises and Compromises*, S. 173–192, Antonio Varsori, *Italy and the „Empty Chair“ Crisis (1965–1966)*, in: Ebenda, S. 215–227, und Torsten Oppelland, *„Entangling Alliances with None“ – Neither de Gaulle Nor Hallstein. The European Politics of Gerhard Schröder in the 1965/66 Crisis*, in: Ebenda, S. 227–246.

¹⁹⁹ Vgl. Bozo, *Two Strategies*, S. 121 u. S. 157–159.

ohne eine nukleare Mitverfügungsgewalt zu begründen²⁰⁰. Frankreich kehrte kurz darauf wieder in die EWG zurück, trat jedoch aus den integrierten NATO-Streitkräften aus und verwies das NATO-Hauptquartier des Landes. Frankreich konnte und wollte nun eine unabhängige Politik betreiben²⁰¹. Eine Zusammenarbeit der Sechs in der Außen- und Verteidigungspolitik war damit vorläufig obsolet geworden.

IX. Ergebnis

Die deutsch-französische Konfrontation in der Frage der Nuklearverteidigung war der entscheidende Faktor, der Mitte der sechziger Jahre alle Bemühungen um eine politische Union untergrub und darüber hinaus einen Hintergrund für die Krise des „Leeren Stuhls“ in den Europäischen Gemeinschaften bildete. Die verteidigungspolitischen Konzeptionen und politischen Ambitionen von Bonn und Paris schlossen einander aus und stürzten beide Regierungen just zu dem Zeitpunkt, als die deutsch-französische Freundschaft durch den Elysée-Vertrag besiegelt wurde, in einen Konflikt um Rang, Nuklearstatus und Europapolitik. Es ist dabei unverkennbar, dass Frankreich von einer ganz anderen moralischen Position aus eine unabhängige Nuklearmacht anstrebte als die Bundesrepublik die Teilhabe an der MLF.

Beim Streit zwischen „Gaullisten“ und „Atlantikern“ in der Bundesrepublik stand auf dem Spiel, ob, wie und mit wem die Bundesrepublik nukleare Mitverantwortung erlangen würde. Die MLF sollte dazu dienen, die Bundesrepublik und andere westeuropäische Staaten in die Mitverantwortung über Planung und Einsatz von Atomwaffen einzubinden, die USA stärker auf die Verteidigung Europas zu verpflichten, die Solidarität der Europäer untereinander zu stärken und die Ranggleichheit der Bundesrepublik gegenüber Frankreich zu wahren. Die bundesdeutsche Initiative für eine Europäische Politische Union sollte in diesem Zusammenhang nicht nur die europäische Gesinnung der Bundesregierung innenpolitisch unter Beweis stellen, sondern auch die nukleare Mitbestimmung der Bundesrepublik flankieren, Frankreich zur Annahme oder wenigstens Duldung der MLF bewegen und eine spätere Überführung der MLF in eine europäische Atomstreitmacht unter dem Dach der NATO ermöglichen. Damit ging die Bundesregierung auf die öffentliche Position der französischen Regierung von 1963 bis zum Sommer 1964 ein, die eine europäische politische Autorität als Vorbedingung für eine europäische Atomstreitmacht forderte. Die französische Regierung jedoch wollte entgegen ihren irreführenden öffentlichen Verlautbarungen jedwede deutsche Nuklearteilhabe unbedingt verhindern. Im Gegensatz zum sich hartnäckig in der deutschen Historiographie haltenden Mythos wollte

²⁰⁰ Siehe zur Entstehung der späteren Nuklearen Planungsgruppe Haftendorn, NATO, S. 161–173.

²⁰¹ Etwa im Sommer 1965 war die *Force de frappe* soweit entwickelt, dass die wichtigsten russischen Städte laut de Gaulle hätten ausgelöscht werden können; vgl. Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 276.

de Gaulle auch keine europäische Atomstreitmacht. Bonn wollte sie – de Gaulle wusste sie zu verhindern.

Die Bemühungen der Regierung Erhard für eine politische Union werden durch die Verbindung zu Nuklearambitionen in ein fragwürdiges Licht getaucht. Es erscheint frappierend, wie hartnäckig, die Vorbelastungen deutscher Geschichte außer acht lassend, die Regierung Erhard an dem Ziel der nuklearen Mitverantwortung selbst gegen den Widerstand nicht nur des wichtigsten Nachbarn in Europa, sondern auch angesichts der wachsenden Skepsis weiterer EWG-Partner und Großbritanniens festhielt. Andererseits verfolgte die Bundesregierung eine Reihe legitimer Ziele: Sie wollte aufgrund ihres exponierten Frontstaatstatus' lediglich Mitverfügungsgewalt in einem multilateralen, durch eine Gemeinschaft kontrollierten Rahmen und sorgte sich über die sowjetische Bedrohung und den amerikanischen Strategiewandel nach Sputnik-Schock, Kuba- und Berlin-Krise. Weil diese Sorgen auch über Deutschland hinaus im Westen weit verbreitet waren, fand die Bundesregierung viel Unterstützung in Europa. Nicht nur das Monnet-Komitee und die parlamentarische Versammlung der WEU unterstützten die Bemühungen um nukleare Mitverantwortung im Rahmen einer MLF. Auch das Europaparlament verabschiedete auf Betreiben des französischen Oppositionspolitikers René Pleven am 25. November 1964 eine Resolution, welche die EWG-Staaten aufforderte, eine Regierungskonferenz über eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik einzuberufen, eine Föderation zu errichten und eine Partnerschaft unter Gleichen mit den USA zu verfolgen²⁰².

De Gaulle wollte keine politische Union im Sinne der Bundesregierung, weil sie ein Vehikel für begrenzte deutsche Nuklearambitionen und für die Unterordnung der *Force de frappe* unter eine supranationale europäische Autorität hätte werden können. Eine solche Institution war mit dem Selbstverständnis der gaullistischen Politik – Unabhängigkeit in der Weltpolitik und souveräne Führungsrolle Frankreichs in Europa – unvereinbar²⁰³. Denn während die Bundesrepublik als nichtnukleare Mittelmacht für die Ausübung politischen Einflusses und nuklearer Verantwortung die multilaterale Einbindung benötigte, konnte Frankreich nach de Gaulles Auffassung mit einer nationalen Atomstreitmacht eine größere Rolle spielen denn als Mitglied einer multilateralen integrierten. Analog hätte eine Europäische Politische Union für die französische Politik nur dann Sinn gehabt, wenn dadurch die Führungsrolle Frankreichs und Unabhängigkeit Westeuropas gegenüber den Supermächten gestärkt würde – also ohne transatlantisches Dach. Das Motiv des Unabhängigkeitsstrebens für Frankreich war es, eine Entspannungspolitik zwischen den Blöcken betreiben zu können. Deutscher Atomwaffenbesitz, gleich in welcher Form, hätte nach de Gaulle zu einer Verschärfung des Kalten Krieges geführt und war somit kontraproduktiv – darin hatte er recht²⁰⁴. Eine gleichberechtigte Stellung bzw. Mitverantwortung im

²⁰² Vgl. L'année politique 1964, S. 309.

²⁰³ Vgl. Heuser, NATO, S. 169.

²⁰⁴ Erhard über de Gaulles Argumente in der CDU-Bundesvorstandssitzung vom 9. 2. 1965, in: ACDP, Bd. VII-001-014/1.

nuklearen Bereich wollte de Gaulle der Bundesregierung aus diesen Gründen nicht anbieten.

Letztendlich haben de Gaulle wie Erhard die deutsch-französischen Beziehungen belastet, indem sie ihre Absichten verschleierten, bzw. erst zu einem Zeitpunkt aussprachen, als der Nachbar bereits argwöhnisch geworden war. Beide Seiten haben im Ringen um die Nuklearteilhabe der Bundesrepublik die Existenz der europäischen Gemeinschaften aufs Spiel gesetzt. Die politische Union konnte nicht gelingen, weil das von deutscher Seite angestrebte *nuclear power sharing* für eine Weiterentwicklung der europäischen Integration nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges nicht geeignet war. Wie schon 1954 scheiterte ein Projekt zur Errichtung einer europäischen politischen und Verteidigungsgemeinschaft, und erneut diente die NATO, diesmal mit der Nuklearen Planungsgruppe, als Auffangbecken. Der Deutsch-Französische Vertrag konnte die ihm vom Bundestag zugedachte Motorfunktion für den europäischen Einigungsprozess erst erfüllen, als die Bundesrepublik unter der Regierung Brandt 1969 dem Nichtproliferationsvertrag beitrug, der den Verzicht auf die Teilnahme an einer multilateralen Atomstreitmacht einschloss²⁰⁵. Daraus wird deutlich, dass der Verzicht der Bundesrepublik auf strategische Atomwaffen nicht nur eine Grundlage ihrer politischen Kultur, sondern auch der seither erreichten Fortschritte in der europäischen Einigung ist.

Das Problem der europäischen Atomstreitmacht zeigt die weitreichenden Konsequenzen, über die beim Streben nach einem politisch geeinten Europa nachgedacht werden muss. Konnte sie als Antwort auf existentielle Bedrohungen in der Zeit des Kalten Krieges nicht verwirklicht werden, so wird dies noch viel weniger gelingen in einer Zeit ohne bekannten Feind, ohne massive Bedrohungen von außen. Allerdings entfällt unter diesen Umständen auch ihre Notwendigkeit, und gerade darin liegt ein Hoffnungsschimmer. In dem Maße wie die Bedeutung von Atomwaffen gemindert werden kann, verringert sich ihr Störpotential bei Bemühungen um eine politische Union. Eine gemeinsame konventionelle Verteidigungspolitik sollte in dieser Konstellation möglich sein.

²⁰⁵ Die Bundesrepublik trat dem Nichtverbreitungsvertrag am 28.11.1969 bei. Am 1./2.12.1969 gelang auf dem Haager Gipfel ein Durchbruch in den deutsch-französischen Beziehungen und eine Relance des europäischen Einigungsprozesses. Zum Haager Gipfel vgl. Marie-Thérèse Bitsch, *Le sommet de la Haye. La mise en route de la relance de 1969*, in: Loth (Hrsg.), *Crises and Compromises*, S. 539.